The Agent of the Government
of the Federal Republic of Germany
L'Agente du Gouvernement de la
République Fédérale d'Allemagne
Die Verfahrensbevollmächtigte
der Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

D-5300 Bonn-Bad Godesberg 1
Bundesministerium der Justiz
Stresemannstraße 6, Postfach 650
Tel.: (Bonn) 5 81
Ext.: (Bonn) 58 4430
Telex: (Bonn) 8 85 646

- 9470/2 - 4 E (257) - 55 557/77 -

17. Januar 1978

An die
Europäische Kommission
für Menschenrechte
Conseil de l'Europe

F-67006 Straßburg

Betr.: Individualbeschwerden
Nr. 7572/76 ENSSLIN) gegen
Nr. 7586/76 BAADER) Bundesrepublik
Nr. 7587/76 RASPE) Deutschland

Bezug: Ihr Schreiben vom 16. Dezember 1977
- HR - MS/el -

Anlagen: - 5 -

Namens der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
nehme ich zur Zulässigkeit der durch Beschluß der
Kommission vom 12. Dezember 1977 zur gemeinsamen Ent-
scheidung verbundenen Beschwerden gemäß Art. 42
Abs 2 (b) der Verfahrensordnung der Kommission wie
folgt Stellung:

A. Gegenstand der Beschwerden:

In ihren am 12., 9. und 15. Juli 1976 eingereichten Beschwerden, die sie erst nach mehr als einem Jahr, nämlich durch einen gemeinsamen Schriftsatz vom 30. August 1977 begründet haben, rügen die Beschwerdeführer die Verletzung ihrer Rechte aus Art. 3 und 6 der Konvention.

Sie behaupten,

- sie seien Haftbedingungen unterworfen worden, die als Folter oder unmenschliche Behandlung i.S. des Art. 3 MRK anzusehen seien;
- in dem gegen sie gerichteten Strafverfahren seien die Garantien des Art. 6 MRK dadurch verletzt worden, daß
  - ihre Sache nicht von einem unabhängigen und unparteiischen und auf Gesetz beruhenden Gericht gehört worden sei (Art. 6 Abs. 1 MRK);
  - die Unschuldsvermutung nicht beachtet worden sei (Art. 6 Abs. 2 MRK);
  - ihnen nicht ausreichende Gelegenheit, sich selbst und durch den Beistand eines Verteidigers ihrer Wahl zu verteidigen, gewährt worden sei (Art. 6 Abs. 3 b und c MRK);
  - die Vernehmung von Belastungszeugen beschränkt und die Ladung von Entlastungszeugen verweigert worden sei (Art. 6 Abs. 3 d MRK).

Die Beschwerdeführer stützen diese Rügen auf die Haftbedingungen, denen sie seit ihrer Festnahme am 1. bzw. 7. Juni 1972 unterworfen worden sind, und hinsichtlich des Vorwurfs der Nichtgewährung eines "billigen" Verfahrens vor allem darauf, daß die Hauptverhandlung zeitweise in Abwesenheit der Beschwerdeführer durchgeführt wurde und

daß einzelne der von ihnen gewählten Verteidiger zeitweilig oder ganz von der Verteidigung einzelner Beschwerdeführer ausgeschlossen worden sind.

B. Tatbestand

I. Zur Person der Beschwerdeführer

1. Andreas B a a d e r ist am 6. Mai 1943 in München geboren. Da er seinen Vater, von Beruf Archivassessor, bereits 1945 verlor, wuchs er bei seiner Mutter auf. Von 1949 bis 1954 besuchte er die Grundschule, danach zunächst ein staatliches, dann ein privates Gymnasium in München, das er vorzeitig verließ, als er nicht in die 6. Klasse versetzt wurde. Er hat auch keine abgeschlossene Berufsausbildung. Von 1965 bis 1968 lebte er in Berlin. Er hat eine, aus einer Verbindung mit einer Kunstmalerin stammende, 1965 geborene Tochter.

Bereits 1967/68 beteiligte er sich an politisch-revolutionären Aktionen. Am 2. April 1968 legte er zusammen mit drei Mittätern, darunter die Beschwerdeführerin Gudrun Ensslin, Zeitzündersätze in einem Kaufhaus in der Frankfurter Innenstadt und setzte damit gegen Mitternacht das Kaufhaus an mehreren Stellen in Brand. Hierwegen wurde er rechtskräftig am 31. Oktober 1968 durch das Landgericht Frankfurt a.M. zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Während der Verbüßung dieser Strafe wurde er am 14. Mai 1970 mit Waffengewalt von Ulrike Meinhof und drei anderen Mittätern befreit. Dies geschah nach vorgefaßtem Fluchtplan anlässlich einer Ausführung in das Zentralinstitut für Sozialfragen in Berlin, wohin er mit Hilfe des damals noch als Rechtsanwalt tätigen

Horst Mahler und unter Vortäuschung wissenschaftlicher Interessen gebracht worden war. Zwei zu seiner Bewachung eingesetzte Justizbeamte wurden dabei leicht, ein Institutsbediensteter durch einen Lebersteckschuß schwer verletzt.

Nach seiner Befreiung begab er sich mit anderen Gruppenmitgliedern in ein palästinensisches Ausbildungslager nach Jordanien. Von dort kehrte er im August 1970 nach Berlin zurück und betätigte sich in der mit Ulrike Meinhof und anderen gebildeten, von ihnen selbst Rote Armee Fraktion genannten Gruppe maßgeblich bei der Vorbereitung und Durchführung von kriminellen Aktionen.

Am 1. Juni 1972 wurde der Beschwerdeführer in Frankfurt a.M. festgenommen. Seither befand er sich in Haft.

Am 18. Oktober 1977 erschloß sich der Beschwerdeführer in seiner Zelle in der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim.

2. Gudrun E n s s l i n ist am 15. August 1940 in Bartholomae / Kreis Schwäbisch Gmünd als Tochter eines Pfarrers geboren. Nach dem Besuch der Grundschule und des Gymnasiums, das sie 1960 mit dem Abitur abschloß, studierte sie von 1960 an Germanistik, Anglistik und Philosophie an der Universität Tübingen. Im März 1963 brach sie dieses Studium ab und wechselte im Sommer 1963

zur Pädagogischen Hochschule in Schwäbisch Gmünd über, die sie bis zum April 1964 besuchte. Danach legte sie die erste Dienstprüfung für das Lehramt an Volksschulen ab. Ab Sommer 1964 war sie an der Freien Universität Berlin für Germanistik und Anglistik eingeschrieben mit dem Ziel der Promotion. Sie hat einen im Mai 1967 geborenen Sohn.

Am 2. April 1968 beteiligte sie sich gemeinsam mit Baader in Frankfurt an der Brandstiftung in einem Kaufhaus und wurde durch das Urteil des Landgerichts Frankfurt vom 31. Oktober 1968 wegen menschengefährdender Brandstiftung ebenfalls zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Beschwerdeführerin befand sich hierwegen vom 4. April 1968 bis zu ihrer Haftverschonung am 13. Juni 1969 in Haft. Als das Urteil rechtskräftig wurde, ging sie in den Untergrund und entzog sich auf diese Weise seiner Vollstreckung. Nach der Befreiung Baaders verbrachte sie ebenfalls einige Monate in einem palästinensischen Ausbildungslager in Jordanien, von wo sie im Spätsommer 1970 zurückkehrte. Bis zu ihrer Festnahme in Hamburg am 7. Juni 1972 betätigte sie sich in der RAF. Bis zu ihrem Selbstmord am 18. Oktober 1977 in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim befand sie sich teils in Untersuchungshaft, teils im Strafvollzug.

3. Jan-Carl R a s p e ist am 24. Juli 1944 in Seefeld/Tirol geboren. Sein Vater war Fabrikant und starb bald nach seiner Geburt. Der Beschwerdeführer

besuchte von 1950 bis 1958 die Grundschule in Ostberlin und anschließend bis 1963 eine Westberliner Oberschule. Dort lebte er bei Verwandten, seine Mutter war in Ostberlin geblieben. Nach dem Abitur studierte er zunächst Chemie an der Freien Universität Berlin. Nach 2 Semestern wechselte er zur Soziologie über und schloß dieses Studium 1970 mit der Diplomprüfung ab.

Der Beschwerdeführer hatte sich der Gruppe Baader-Meinhof angeschlossen und maßgeblich beim Aufbau von deren Logistik-System und im Frühjahr 1972 an der Vorbereitung von Sprengstoffanschlägen mitgewirkt. Er wurde am 1. Juni 1972 zusammen mit Andreas Baader und Holger Meins in Frankfurt a.M. festgenommen.

Vom 7. Juni 1972 bis zu seinem Tod am 18. Oktober 1977, der durch einen Pistolenschuß, den er sich selbst in seiner Zelle in Stuttgart-Stammheim beigebracht hatte, verursacht war, befand er sich in Untersuchungshaft.

II. Die Tätigkeit der Beschwerdeführer in der Roten Armee Fraktion (RAF) und das Strafverfahren vor dem Oberlandesgericht Stuttgart

1. Die drei Beschwerdeführer bildeten mit anderen Gruppenmitgliedern, darunter auch Ulrike Meinhof, den Kern der sogenannten Roten Armee Fraktion. Diese Gruppe hatte sich zum bewaffneten Kampf gegen Gesellschaft und Staat zusammengeschlossen. Nach dem Vorbild der südamerikanischen Stadtguerilla plante, organisierte und führte sie u.a. Brand- und Sprengstoffanschläge durch. Die Mittel für ihre Operationen, nämlich Kraftfahrzeuge, Ausweise, Dienstsiegel, Geld, Waffen, Sprengstoff und Munition beschaffte sie sich durch

Diebstähle und Einbrüche in Behörden und Waffen-depots u.ä. sowie durch Einbrüche und Raubüberfälle auf Banken.

- vgl. hierzu näher; Entscheidung der Kommission in der Individualbeschwerde Nr. 6166/73 - Baader, Meins, Meinhof, Grundmann ./.. Bundesrepublik Deutschland vom 30. Mai 1975 -

Die RAF baute ein umfangreiches und weitverzweigtes Logistik-System auf durch Anmietung zahlreicher Wohnungen, Garagen und sonstiger Räumlichkeiten, wo sich die Gruppenmitglieder zeitweilig aufhielten, Waffen, Munition, Sprengstoffe und Chemikalien deponierten und Sprengkörper herstellten.

In ähnlicher Weise wurde auch ein Informationssystem organisiert.

2. In dem Strafverfahren vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart (2 StE 1/74) wurden die drei Beschwerdeführer der folgenden Straftaten für schuldig befunden:

- a) Sprengstoffanschläge

In der Zeit vom 11. bis 24. Mai 1972 hat die RAF sechs Sprengstoffanschläge verübt, an denen die drei Beschwerdeführer als Urheber mitgewirkt haben, und zwar

- am 11. Mai 1972 in Frankfurt a.M. auf das Hauptquartier des 5. US-Corps; zwei Bomben explodierten im Vorraum des Haupteinganges, eine am Eingang des Offizierskasinos. Bei dem Anschlag wurde der US-Oberstleutnant Bloomquist getötet und 13 Personen (sieben Soldaten, drei US-Zivilangestellte und drei Deutsche) zum Teil schwer verletzt und diese und weitere Personen in Lebensgefahr gebracht. Es entstand erheblicher Sachschaden;

- am 12. Mai 1972 detonierten in der Polizeidirektion in Augsburg an zwei Stellen drei Sprengkörper, mehrere Bedienstete wurden verletzt, eine größere Anzahl gefährdet; ein weiterer Sprengkörper war gelegt, aber nicht explodiert;
- am 12. Mai 1972 explodierte auf dem dichtbesetzten Parkplatz des Bayerischen Landeskriminalamtes in München eine mit Sprengstoff gefüllte 33kg Gasflasche und richtete großen Sachschaden an; Einige Personen befanden sich dabei in Lebensgefahr, einige wurden verletzt;
- am 15. Mai 1972 explodierte in Karlsruhe ein im Privatwagen des Bundesrichters Buddenberg angebrachter Sprengkörper und verletzte dessen Frau schwer;
- am 19. Mai 1972 wurde in Hamburg ein Sprengstoffanschlag auf das Verlagshaus Springer verübt, in dem bei der Explosion etwa 2.500 Personen arbeiteten. Die Detonation der an verschiedenen Stellen deponierten selbstgebastelten Bomben brachte insgesamt 48 Personen in unmittelbare Gefahr, 18 Personen wurden verletzt, davon 3 schwer. Der Sachschaden betrug einige Hunderttausend Mark. Drei weitere Bomben konnten rechtzeitig gefunden und entschärft werden.
- Am 24. Mai 1972 fanden bei einem Sprengstoffanschlag auf das Hauptquartier der 7. US-Armee und der US-Landstreitkräfte in Heidelberg drei amerikanische Soldaten den Tod, 6 weitere

gerieten in nahe Lebensgefahr. Die Detonation richtete große Verwüstungen an.

b) Schußwaffengebrauch bei der Festnahme

Am 1. Juni 1972 konnten die Beschwerdeführer Baader und Raspe und das inzwischen verstorbene Gruppenmitglied Meins in Frankfurt a.M. festgenommen werden. Die drei Gruppenmitglieder fuhren mit einem gestohlenen Personenkraftwagen in die von der Gruppe angemietete Garage, die von der Polizei bereits umstellt war. Der Beschwerdeführer Raspe hat bei dem Versuch, sich der Festnahme zu entziehen, mit seiner 9mm Pistole auf zwei Polizeibeamte geschossen. Der Beschwerdeführer Baader gab einen Schuß auf die Polizeibeamten ab. Die Beamten wurden gefährdet, aber nicht getroffen.

Bei ihrer Festnahme in einer Modeboutique in der Hamburger Innenstadt am 7. Juni 1972 trug auch die Beschwerdeführerin Ensslin eine durchgeladene 9mm Pistole mit 14 Patronen bei sich und versuchte, sie gegen die sie überwältigenden Polizeibeamten einzusetzen, was ihr aber nicht mehr gelang.

c) Der Senat hat in seinem Urteil vom 28. April 1977 jeden der drei Beschwerdeführer zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, und zwar:

1. Die Beschwerdeführer Baader, Ensslin und Raspe wegen der folgenden jeweils gemeinschaftlich begangenen Taten:

a) 3 tateinheitliche Morde in Tateinheit mit 6 versuchten Morden,

- b) einen weiteren Mord in Tateinheit mit einem versuchten Mord,
- c) in zwei Fällen jeweils einen versuchten Mord,
- d) in einem Fall zwei tateinheitliche versuchte Morde,
- e) in einem weiteren Fall 23 tateinheitliche versuchte Morde,
- f) in sämtlichen Fällen zugleich eine tateinheitlich herbeigeführte Sprengstoff-Explosion.

2. Außerdem

den Beschwerdeführer Baader wegen zweier versuchter Morde,

den Beschwerdeführer Raspe wegen zweier tateinheitlich versuchter Morde,

die Beschwerdeführerin Ensslin wegen eines versuchten Mordes,

in allen Fällen jeweils in Tateinheit mit Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte;

3. die drei Beschwerdeführer jeweils in Tateinheit mit den unter 1. und 2. ausgeführten Taten wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung.

3. Gang des Strafverfahrens

Die Hauptverhandlung vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hat in der Zeit vom 21. Mai 1975 bis zum 28. April 1977 an insgesamt 192 Verhandlungstagen stattgefunden.

Das Urteil ist am 28. April 1977 verkündet worden. Es ist nicht rechtskräftig, weil die Beschwerdeführer Revision zum Bundesgerichtshof eingelegt haben. Mit dem Tod der Beschwerdeführer endete auch das Revisionsverfahren (§ 206a StPO).

III. Haft und Haftbedingungen der Beschwerdeführer

1. Dauer und Art der Haft

Soweit die Haft in Frage steht, deren Bedingungen Gegenstand der Beschwerden sind, handelt es sich um die an die Festnahme der Beschwerdeführer Baader und Raspe am 1. Juni 1972 und der Beschwerdeführerin Ensslin am 7. Juni 1972 sich anschließende Inhaftierung. Der Beschwerdeführer Baader befand sich zunächst noch bis einschließlich 1. November 1974 und die Beschwerdeführerin Ensslin bis einschließlich 31. August 1974 im Strafvollzug zur Verbüßung der gegen die beiden Beschwerdeführer am 31. Oktober 1968 vom Landgericht Frankfurt a.M. verhängten Freiheitsstrafe. Dieser Vollzug war hinsichtlich des Beschwerdeführers Baader vom 19. bis 21. November 1973 zur Verbüßung einer Ordnungsstrafe wegen Ungebühr vor Gericht und vom 22. November 1973 bis zum 22. Februar 1974 zum Vollzug einer Beugehaft wegen der Verweigerung der Zeugenaussage in einem anderen Verfahren und hinsichtlich der Beschwerdeführerin

Ensslin vom 7. bis 9. November 1973 zum Vollzug einer Ordnungsstrafe und vom 10. November 1973 bis zum 2. April 1974 zum Vollzug einer Beugehaft unterbrochen worden. In Untersuchungshaft befand sich der Beschwerdeführer Baader demnach seit 2. November 1974, die Beschwerdeführerin Ensslin seit 1. September 1974, der Beschwerdeführer Raspe seit seiner Festnahme am 1. Juni 1972.

Diese Haft endete mit der Selbsttötung der Beschwerdeführer am 18. Oktober 1977.

2. Gefährlichkeit der Beschwerdeführer, Befreiungsbestrebungen

Im Hinblick auf die Straftaten, die den Beschwerdeführern zur Last gelegt wurden, aber auch wegen ihrer Zugehörigkeit zu der Roten Armee Fraktion, deren maßgeblichen Kern die drei Beschwerdeführer bildeten, und ihres Verhaltens während der Haft mußten die Beschwerdeführer als gefährlich angesehen und Haftbedingungen unterworfen werden, die Risiken für die Sicherheit, aber auch für Flucht und Befreiung ausschlossen und die Planung von Straftaten aus der Haft heraus verhinderten. Wie sich aus zahlreichen Erklärungen der RAF nachweisen läßt, gehörte die Befreiung gefangener Gruppenmitglieder und die Fortsetzung des bewaffneten Kampfes zu den erklärten Zielen der RAF. In diesem Zusammenhang ist auf folgende Tatsachen hinzuweisen:

- Der Beschwerdeführer Baader war schon einmal, nämlich am 14. Mai 1970 mit Waffengewalt in Berlin aus der Haft befreit worden;
- Am 24. April 1975 haben die Terroristen, die die deutsche Botschaft in Stockholm überfallen, eine Sprengstoffexplosion ausgelöst und die Botschaftsangehörigen als Geiseln genommen haben, versucht

dadurch die Freilassung von 26 in der Bundesrepublik inhaftierten RAF-Mitgliedern, darunter die drei Beschwerdeführer zu erpressen. Als die Forderung abgelehnt wurde, haben die Terroristen zwei Geiseln ermordet und die Botschaft in Brand gesetzt. 12 Geiseln konnten gerettet werden. Einer der Terroristen wurde getötet.

- Am 27. Juni 1976 entführten sieben palästinensische Guerillas einen Airbus der "Air France" mit 257 Personen auf dem Flug von Tel Aviv nach Paris und dirigierten ihn über Athen und Bengasi nach Entebbe/Uganda. Die Entführer forderten im Austausch gegen die Geiseln die Freilassung von 53 inhaftierten Terroristen, darunter neben fünf anderen der "Bewegung 2. Juni" zuzuordnenden Terroristen auch die des Beschwerdeführers Raspe. Der Erpressungsversuch scheiterte, nachdem Israel die Geiseln befreite.
- Auch die Mordanschläge auf den Generalbundesanwalt Buback und seine beiden Begleiter am 7. April 1977 und auf den Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Ponto, am 30. Juli 1977 wurden von Terroristen ausgeführt, die der RAF zuzurechnen sind. Die Tatumstände bei der Ermordung Pontos lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß es sich um eine mißglückte Entführung mit dem Ziel der Freipressung der Beschwerdeführer handelte.
- Am 5. September 1977 entführte ein RAF-Kommando in Köln den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Hans Martin Schleyer, und ermordete dabei seinen Fahrer und drei ihn begleitende Polizeibeamte. Das Kommando forderte im Austausch gegen Schleyer u.a. die Frei-

lassung von zehn inhaftierten Terroristen, darunter die drei Beschwerdeführer.

Der Entführte wurde am 19. Oktober 1977 in Mülhausen/Elsaß ermordet aufgefunden, nachdem die RAF sich zur Ermordung in einer Mitteilung an die Deutsche Presse-Agentur bekannt hatte.

- Am 13. Oktober 1977 wurde eine Lufthansa-Maschine, die sich auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt a.M. befand, mit 86 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern an Bord entführt. Die Entführer, die sich als "Organisation für den Kampf gegen den Weltimperialismus" ausgaben, verlangten u.a. die Freilassung der drei Beschwerdeführer. Nach einem Flug über Rom - Cypern - Bahrein - Dubai ermordeten die Entführer in Aden am 16. Oktober 1977 den Flugkapitän Schumann. Am 18. Oktober 1977 gelang in Mogadischu die Befreiung der Geiseln in der Lufthansa-Maschine.
- Es liegen Beweise darüber vor, daß die Beschwerdeführer mit den in Freiheit befindlichen RAF-Mitgliedern und Anhängern Verbindungen aufrechterhielten und Anweisungen für weitere Aktionen aber auch ihre eigene Befreiung weitergaben. Ein beschlagnahmtes Schreiben des Beschwerdeführers Baader z.B. enthielt fünf detaillierte Ausbruchs- und Befreiungspläne. U.a. verlangte er die Einschleusung von zwei Handgranaten, die er für eine Geiselnahme benutzen wollte. Ein anderes Papier enthielt u.a. eine ausführliche Anleitung zur Durchführung einer Geiselnahme in Verbindung mit vorzubereitenden Sprengstoffanschlägen auf den Bundesgerichtshof und Ministerien. Tatsächlich haben Terroristen am 25. August 1977 in Karlsruhe mit einer selbstgebauten Kombination von raketenartigen Sprengkörpern - sog.

- "Stalinorgel"-einen Anschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof versucht. Die mit Zeitzündern versehenen Sprengkörper konnten rechtzeitig entschärft werden.
- Nach dem Selbstmord der drei Beschwerdeführer am 18. Oktober 1977 wurde festgestellt, daß die Beschwerdeführer Baader und Raspe tatsächlich trotz vielfältiger Kontrollen im Besitz von Handfeuerwaffen, Munition und Sprengstoff gewesen waren. In dem Zellentrakt, in dem die Beschwerdeführer und zeitweilig auch andere Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe untergebracht waren, wurden inzwischen weitere Waffen, Munition und Sprengstoff sichergestellt. Diese befanden sich in von den Beschwerdeführern oder ihren Mithäftlingen angelegten, besonders präparierten Verstecken in den Wänden und im Fußboden der Zellen bzw. im Zelleninventar; so wies z.B. der Plattenspieler des Beschwerdeführers Baader eine Haltevorrichtung für eine Pistole auf.
  - Aus zahlreichen Äußerungen der Beschwerdeführer, teils mündlich im Strafverfahren, teils in Schriftstücken, wie sog. Zellenzirkularen, und zum Zwecke der Veröffentlichung aus der Haft herausgeschmuggelten Erklärungen geht hervor, daß die Beschwerdeführer ihre Kampf- und Agitationstätigkeit weiterverfolgten.

Diese Tatsachen bestätigen die Einschätzung, daß von den Beschwerdeführern auch im Gefängnis Gefährdungen und Risiken ausgingen, die besondere Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen in der Haft, die über die im allgemeinen üblichen hinausgehen, rechtfertigten.

3. Die Unterbringung der Beschwerdeführer

Die Beschwerdeführer waren in der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim in einem besonders gesicherten Trakt im 7. Stockwerk in modernen Einzelzellen untergebracht. Der Trakt enthielt auch einen zwischen den Zellen gelegenen Umschlußraum und besondere Kabinen für das Vollzugspersonal sowie mit einer Alarmanlage und einer Fernsehüberwachung verbundene technische Sicherheitseinrichtungen.

- vgl. Bericht über den Besuch der Delegierten der Kommission in Stuttgart-Stammheim am 19. und 20. Oktober 1977, ferner die der Kommission in diesem Zusammenhang vorgelegten Fotos der Zellen der Beschwerdeführer und der angrenzenden Räumlichkeiten -.

Diese technischen Zusatzeinrichtungen dienten der Sicherung der Zellen und des Traktes. Die akustische und die Fernsehüberwachung erlaubten während der Nacht eine Kontrolle des vor den Zellen gelegenen Flurbereichs sowie der Zellentüren von der Zentrale der Anstalt aus.

Die Zellen enthielten außerdem üblichen Inventar auch Bücherregale mit einer jeweils großen Anzahl von Büchern und Akten der Beschwerdeführer, Plattenspieler und Schallplatten, Leselampen, Faltwände u.ä. Abgesehen von zeitweiligen Beschränkungen konnten die Beschwerdeführer auch eigene Radio- und Fernsehgeräte in bestimmten Umfang benutzen. Außerdem standen ihnen Sportgeräte und zusätzliche Zellen zur Aufbewahrung eines Teils der ca. 2.000 Bücher der Beschwerdeführer und ^{zu} ähnlichen Zwecke sowie ein größerer Raum während des Umschlusses zur Verfügung.

- vgl. Vorläufiger Bericht der Landesregierung über die Ereignisse vom 18. Oktober 1977 in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim, vom 26. Oktober 1977 - Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 7/2500, S. 1 ff -

4. Regelung der Haftbedingungen

Die Haftbedingungen der Beschwerdeführer sind im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Beschlüsse und Verfügungen des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof, später durch den 2. Senat des Oberlandesgerichts Stuttgart bzw. dessen Vorsitzenden einerseits und durch Hausverfügungen der Vollzugsanstalt andererseits den jeweiligen Erfordernissen entsprechend im Einzelnen geregelt worden.

a) Hausverfügungen der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim

Die vom Vorstand der Vollzugsanstalt erlassenen Hausverfügungen, und zwar

vom 28. April 1974 betr. die Gefangenen Ulrike Meinhof und Gudrun Ensslin;

vom 2. August 1977 betr. die Gefangenen Baader, Raspe, Ensslin, Mohnhaupt und Schubert;

vom 6. Juli 1977 betr. die Gefangenen Baader, Raspe, Ensslin, Schubert und Möller

enthielten ins Einzelne gehende besondere Anordnungen an das Vollzugspersonal über die Unterbringung der genannten Gefangenen, ihre Versorgung, den Hofgang, Umschluß, Baden, körperliche Durchsuchung, Zugang zu den Gefangenen, Veranstaltungen, Besuche und Besucherkontrolle und -überwachung, Posteingang und -ausgang, Bezug von Büchern, Zeitungen und Zeitschriften, Einkauf, Zellenkontrollen, Vorführungen außerhalb der Anstalt.

Danach durften z.B. die Zellen nur in Gegenwart von mindestens zwei männlichen und einer weiblichen Bediensteten geöffnet werden, Besucher mußten mit einer Sonde abgetastet und körperlich durchsucht, Aktentaschen u.ä., auch die der Verteidiger, vor jedem Besuch auf Waffen und Ausbruchswerkzeuge gründlich durchsucht werden. Die Übergabe von Stehordnern an die Gefangenen war unzulässig. Ggf. waren solche Akten in Schnellhefter einzuheften, die im Bedarfsfalle von der Anstalt zur Verfügung gestellt wurden. Dabei waren die Verteidigerakten "in einer Weise zu kontrollieren, daß von dem Inhalt nicht Kenntnis genommen werden kann".

b) Richterliche Regelungen der Haftbedingungen

Die Haftbedingungen sind durch eine Vielzahl von Verfügungen des Ermittlungsrichters bzw. des Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart zusätzlich geregelt worden. Diese Beschlüsse bzw. Verfügungen, die häufig auch auf Antrag der Beschwerdeführer ergingen, erfolgten schriftlich. Da sie mehr als einen Ordner füllen, wird nachstehend nur auf die wesentlichsten Anordnungen hingewiesen.

- Am 12. Juni 1972 hat der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof angeordnet, daß die Beschuldigten nur Besuche ihrer Angehörigen empfangen dürfen, daß der Postverkehr auf den mit Angehörigen und amtlichen Stellen beschränkt wird und Zeitungen und Zeitschriften nur durch Vermittlung der Haftanstalt bezogen werden dürfen.

- Beschluß des Ermittlungsrichters des Bundesgerichtshofs vom 12. Juni 1972 -

Diese Beschränkung war erforderlich, weil die Beschwerdeführer nach den gemachten Erfahrungen rege Kontakte mit sogenannten Gesinnungsgenossen unterhalten hatten und die Gefahr der Verabredung von Fluchtplänen bestand.

Der Verkehr mit den Verteidigern blieb von dieser Anordnung unberührt. Die hiergegen von den Strafverteidigern eingelegte Beschwerde ist vom 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs verworfen worden

- Beschluß vom 21. Juli 1972 -

- Durch Beschluß des Untersuchungsrichters des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 6. Mai 1974 wurde den Anträgen der Verteidiger teilweise insofern stattgegeben, als der Brief- und Besucherverkehr auch mit anderen Personen zugelassen wurde, sofern der Haftzweck und die Anstaltsordnung nicht gefährdet werden. Dem Beschwerdeführer Raspe wurde der Hofgang mit den übrigen Insassen der Strafanstalt Köln-Ossendorf und die Teilnahme an Filmvorführungen erlaubt. Die Beschwerdeführerin Ensslin durfte täglich vier Stunden mit der ebenfalls dieser Gruppe angehörenden Beschuldigten Ulrike Meinhof zusammengeschlossen werden und den Hofgang gemeinsam mit ihr vornehmen. Weitere Hafterleichterungen sind den Beschwerdeführern im März und August 1974 gewährt worden, darunter eine umfangreiche Handbücherei, eigene Radiogeräte in der Zelle, Fernsehen in beschränktem Maße, gemeinsamer Hofgang der Beschwerdeführer Raspe und Ensslin mit den übrigen Gefangenen der Anstalt.

- Beschluß des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 16. August 1974 -

Die Beschwerdeführer haben von den Kontaktmöglichkeiten mit anderen, nicht zu ihrer Gruppe gehörenden Gefangenen kaum Gebrauch gemacht, dies zum Teil auch abgelehnt. Bei allen in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim untergebrachten Gewalttätern betrug die Zahl der Privatbesuche seit 1974 nur 206 im Gegensatz zu 2.210 Verteidigerbesuchen.

Die Beschwerdeführer Baader und Raspe durften sich ebenfalls täglich zusammenschließen lassen und gemeinsam in den Hof gehen. Die ihnen gewährten Besuchszeiten waren höher als bei anderen Gefangenen; sie durften Schreibmaschinen benutzen, hatten einen fast unbeschränkten Briefverkehr und bezogen zahlreiche Bücher, Zeitungen und Zeitschriften sowie Schallplatten. Sie waren allein zum Teil in Zellen untergebracht, die normalerweise für fünf Gefangene vorgesehen waren. Sie benutzten diese Möglichkeiten aber auch dazu, in der Anstalt zum Hungerstreik, zur Arbeitsverweigerung und zur Provokation gegen das Gefängnispersonal aufzurufen und für ihre Ziele zu agitieren.

- Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart,
2. Strafsenat vom 19. Dezember 1974 -

- Im Zusammenhang mit der Entführung des Berliner Politikers Lorenz am 27. Februar 1975 waren diese Haftvergünstigungen teilweise suspendiert worden. Ab 1. Mai 1975 wurde der Umschluß der Beschwerdeführer Baader und Raspe einerseits und Ensslin und Meinhof andererseits wieder gestattet.

- Verfügung des Vorsitzenden des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 23. April 1975 -

- Nachdem am 24. April 1975 ein Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm verübt und von den Terroristen die Freilassung der Beschwerdeführer gefordert worden war, wurden diese Kontaktmöglichkeiten der Beschwerdeführer untereinander wieder reduziert, jedoch der praktisch kaum beschränkte Bezug von Büchern (im Juli 1975 verfügten sie über mehr als 1800 Bücher), Zeitungen und Zeitschriften, von dem sie regen Gebrauch gemacht hatten, weiter erlaubt. Der Verkehr mit den Angehörigen und Verteidigern blieb unbeschränkt. Die übrigen Beschränkungen wurden alsbald wieder gelockert.
    - Oberlandesgericht Stuttgart, 2. Strafsenat, Verfügung des Vorsitzenden vom 9. Mai 1975 und Beschluß vom 12. Mai 1975 und vom 16. Juli 1975 -.

  - Schon vor dem Beginn der Hauptverhandlung am 21. Mai 1975, die bis zum Urteil am 28. April 1977 fort dauerte, erhielten die Beschwerdeführer untereinander zusätzliche Kontaktmöglichkeiten, um Fragen ihrer Verteidigung zu besprechen und sich auf die einzelnen Sitzungen vorzubereiten.
    - Oberlandesgericht Stuttgart, 2. Strafsenat, Verfügungen des Vorsitzenden vom 18. Februar 1975, 14. Mai 1975, 20. Mai 1975, 26. Mai 1975 und 3. Juni 1975 -.
- Rechtsanwalt Arndt Müller hat z.B. in der Zeit vom Oktober 1975 bis Juni 1977 232 Besuche bei der Beschwerdeführerin Ensslin absolviert, 1 Brief an sie gerichtet, 23 Briefe von ihr empfangen und 7 Telefongespräche mit ihr geführt.
- Im Zusammenhang mit im Herbst 1975 erstatteten medizinischen Gutachten über die Fähigkeit der

Beschwerdeführer, an der Hauptverhandlung vor dem 2. Strafsenat teilzunehmen, haben die Gutachter empfohlen, den Beschwerdeführern zusätzliche Möglichkeiten zur "Interaktion" zu gewähren. Nachdem ihnen bereits im Sommer erweiterte Umschlußmöglichkeiten von täglich bis zu acht Stunden Zweierumschluß und zweimal wöchentlich zwei Stunden Zusammenschluß aller Beschwerdeführer eingeräumt worden war, wurden ihnen auf ärztliche Empfehlung zusätzliche Möglichkeiten für Kontakt und sportliche Betätigung, z.B. Tischtennis, sowie die Benutzung von Fernsehgeräten, der Beschwerdeführerin Ensslin auch das Geigenspiel erlaubt.

- 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart, Verfügungen des Vorsitzenden vom 2. August 1975, 26. August 1975, 26. September 1975, 15. Oktober 1975, 21. November 1975 -.

- Die Beschwerdeführer haben verschiedentlich erheblich gegen die Anstaltsordnung verstoßen, u.a. haben die Beschwerdeführer Baader und Raspe Vollzugsbedienstete tätlich angegriffen, so daß die ihnen eingeräumten Vergünstigungen vorübergehend beschränkt werden mußten.

- Oberlandesgericht Stuttgart, 2. Strafsenat, Verfügungen des Vorsitzenden vom 25. Februar 1976, 19. August 1976, 6. September 1977 -.

- Nachdem am 7. April 1977 Generalbundesanwalt Buback und zwei Bedienstete von Terroristen aus dem Bereich der RAF ermordet worden waren und weitere Aktionen, wie Geiselnahmen zu befürchten waren, wurden kurzfristige Beschränkungen der Haftbedingungen der Beschwerdeführer angeordnet, die am 9. April teilweise und am 12. April 1977 vollständig

wieder aufgehoben wurden.

- Haftrichterliche Anordnung vom 7. April 1977, Verfügungen des Vorsitzenden des 2. Strafsenats vom 9. und 12. April 1977 -.

Im Zusammenhang damit traten die Beschwerdeführer erneut in Hunger- und Durststreik, um vermehrte Kontaktmöglichkeiten zu erzwingen. Die Beschwerdeführer wiederholten den Streik im August 1977. Durch diese Vorkommnisse war es erforderlich, die Haftbedingungen mehrfach neu zu regeln, teils um der erhöhten Gefahr der Planung von Flucht- oder Befreiungsaktionen, teils um der durch Hungerstreik herbeigeführten Gesundheitsgefährdung der Beschwerdeführer zu begegnen. Nachdem in präparierten Verteidigerakten elektrische Geräteteile entdeckt worden waren und die Beschwerdeführer unter Umgehung der Postzensur Erklärungen an die Öffentlichkeit lanciert hatten, wurde ihnen der Gebrauch von Kassettenrekordern untersagt und unbeschränkte Verteidigerkontakte abgelehnt.

- Oberlandesgericht Stuttgart, 2. Strafsenat, Beschluß vom 15. April 1977, Verfügungen des Vorsitzenden vom 15. April 1977, 24. Mai, 28. Juni 1977, 12. August 1977 -.
- Nach der Entführung Dr. Schleyers am 5. September 1977 wurde im Hinblick auf die von der Bundesregierung zur Rettung seines Lebens ergriffenen Maßnahmen eine Kontaktsperre für die Beschwerdeführer angeordnet, aber durch zeitweise Rückgabe der Plattenspieler an die Beschwerdeführer ein Ausgleich für das Verbot des Rundfunkhörens gewährt.
- Verfügungen des Vorsitzenden des 2. Strafsenats vom 6. und 21. September 1977 -.

c) Kontaktsperre nach der Entführung Dr. H.-M. Schleyers

Am 5. September 1977 wurde in Köln der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Dr. Hanns Martin Schleyer entführt. Bei dem Attentat wurden vier seiner Begleiter von den Terroristen erschossen. Am 6. September 1977 bekannte sich die RAF, und zwar ein Kommando Siegfried Hausner, zu der Tat und forderte die Freilassung von 11 inhaftierten RAF-Mitgliedern, darunter den drei Beschwerdeführern, im Austausch gegen Dr. Schleyer. Im Zusammenhang mit den von der Bundesregierung zur Rettung des in unmittelbarer Lebensgefahr befindlichen Dr. Schleyer ergriffenen Maßnahmen wurde am 7. September 1977 angeordnet, daß jeglicher Kontakt inhaftierter Terroristen, darunter auch der Beschwerdeführer, untereinander und zur Außenwelt zu unterbinden ist. Am 2. Oktober 1977 ordnete der Bundesminister der Justiz auf der Grundlage einer am selben Tag in Kraft getretenen Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz (BGBl. 1977, Teil I, S. 1877 ff.) die Unterbrechung jedweder Verbindung der Beschwerdeführer untereinander und mit der Außenwelt einschließlich des schriftlichen und mündlichen Verkehrs mit den Verteidigern gem. §§ 31, 32 EGGVG an. Der Bundesgerichtshof hat die gem. § 35 EGGVG erforderliche Bestätigung, soweit die Beschwerdeführer betroffen sind, durch Beschluß vom 13. Oktober 1977 erteilt. Die Kontaktsperre wurde sofort nach der Auffindung und Identifizierung der Leiche des ermordeten Dr. Schleyer am 19. Oktober 1977 aufgehoben.

d) Hinsichtlich der Haftbedingungen der Beschwerdeführer in der Strafvollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim verweise ich ferner auf den vorläufigen Bericht der Landesregierung vom 26. Oktober 1977 (Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 7/2500). Die Bundesregierung ist im übrigen bereit, sämtliche hier erwähnten, aber auch die hier nicht aufgeführten richterlichen Beschlüsse und Verfügungen über die Haftbedingungen, sowie die Hausverfügungen der Vollzugsanstalt vorzulegen, falls die Kommission dies wünscht.

IV. Gesundheitszustand und ärztliche Betreuung der Beschwerdeführer

Die Beschwerdeführer stellen in ihrer Beschwerdebegründung hinsichtlich des Vorwurfs der Isolationsfolter ihren Gesundheitszustand in den Vordergrund und stützen sich dabei vor allem auf verschiedene ärztliche Gutachten. Hierzu ist festzustellen:

1. Hungerstreik

Die Beschwerdeführer haben im Januar/Februar und Mai/Juni 1973 je sechs Wochen und dann wieder einheitlich vom 13. September 1974 bis zum 5. Februar 1975 einen Hungerstreik durchgeführt. Vom 29. März bis 30. April 1977 traten sie erneut in den Hungerstreik und verbanden diesen vom 9. April bis 10. April 1977 mit einem Durststreik. Sie wiederholten den Hungerstreik und Durststreik vom 9. August bis 2. September 1977. Da die Beschwerdeführer Wasserleitungsanschlüsse in ihren Zellen hatten und nicht ständig überwacht wurden, ist die Einhaltung des Durststreiks allerdings

nicht genau feststellbar.

2. Fachmedizinische Gutachten

- a) Nachdem die Beschwerdeführer nach dem Abbruch ihres mehrmonatigen Hungerstreiks am 5. Februar 1975 ärztlich nicht untersucht werden konnten, weil sie Untersuchungen der Anstaltsärzte nicht duldeten, sondern Untersuchungen durch bestimmte Ärzte ihrer Wahl verlangten, hat der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart am 18. Juli 1975 beschlossen, "die Untersuchungen von Fachärzten durchführen zu lassen, die nicht im Vollzugs- oder staatlichen Gesundheitsdienst stehen." Mit den Untersuchungen sollte geklärt werden,

"ob bei den Angeklagten organische oder psychische Schäden vorhanden sind, die der Behandlung bedürfen und die evtl. Einfluß auf die Verhandlungsfähigkeit haben könnten; gegebenenfalls, worauf diese Schäden zurückzuführen sind."

Nachdem die Beschwerdeführer einige der vom Gericht bestimmten Gutachter abgelehnt hatten, hat der Senat durch Beschluß vom 29. Juli 1975 den von den Beschwerdeführern gewünschten Prof. Rasch, Berlin, zusätzlich beauftragt und im übrigen festgestellt:

"Die Heranziehung einer so großen Zahl herausragender Wissenschaftler zur Beantwortung der Frage der Verhandlungsfähigkeit ist außergewöhnlich. Die Benennung durch die medizinischen Fachgesellschaften gewährleistet, daß anerkannte wissenschaftliche Untersuchungsmethoden angewendet werden. Andere Sachverständige heranzuziehen, die nicht von den Fachgesellschaften benannt worden sind,

besteht kein vernünftiger Grund."

- b) Hinsichtlich der Ergebnisse dieser Gutachten, in denen keine völlige, sondern nur eine eingeschränkte Verhandlungsfähigkeit und bei allen Beschwerdeführern ein psychō-physischer Erschöpfungszustand festgestellt wird, wird verwiesen auf die Gutachten der

Prof. Dr. W. Rasch, Direktor des Instituts für forensische Psychiatrie der Freien Universität München vom 10. September 1975;

Prof. Dr. W. Mende, Abteilung für forensische Psychiatrie der Nervenlinik der Universität München vom 15. September 1975;

Prof. Dr. W.A. Müller, Chefarzt am Zentrum für Innere Medizin, Robert Bosch Krankenhaus Stuttgart, und Prof. Dr. J. Schröder, Chefarzt Medizinische Klinik II, Bürgerhospital Stuttgart, vom 17. September 1975,

Prof. Dr. H. Feldmann, Universitätsklinik für Hals-, Nasen- und Ohrenkranke, Heidelberg vom 22. Juli 1975;

Prof. Dr. H.E. Erhardt, Direktor des Instituts für Gerichtliche und Sozial-Psychiatrie der Universität Marburg vom 21. August 1975.

Zu bemerken ist, daß die Beschwerdeführer nur teilweise an der Untersuchung mitwirkten, die von den Ärzten für notwendig gehaltenen weiteren Untersuchungen, wie psychologische Tests u.ä. aber verweigerten. Der herabgesetzte Gesundheitszustand wird von den Gutachtern teils auf den Hungerstreik, teils auf die psychische Belastung durch das Strafverfahren und die Haftdauer, teils auf die Haftbedingungen zurückgeführt.

- c) Der 2. Strafsenat hat diese Gutachten zum Anlaß genommen, die Gutachter um ergänzende Stellungnahmen zu den Möglichkeiten der Gestaltung der Haftbedingungen und der ärztlichen Behandlung der Beschwerdeführer zu bitten.

- Niederschrift über die Besprechung am
23. Oktober 1975 -

Hierzu haben sich die Professoren Dres. Müller und Schröder mit Schreiben vom 13. Oktober und 3. November 1975, Dr. Mende mit Schreiben vom 17. und 29. Oktober 1975 und Dr. Rasch am 7. November 1975 und Erhardt am 29. Oktober 1975 geäußert und Vorschläge unterbreitet, die soweit möglich vom 2. Strafsenat bei den Anordnungen über den Vollzug der U-Haft berücksichtigt worden sind. Den Beschwerdeführern wurde danach z.B. der Betrieb eines Batterie-Fernsehgerätes in ihren Zellen gestattet, der tägliche Hofgang um 30 Minuten auf 1 1/2 Stunden verlängert und dabei die Benutzung von Sport- und Spielgeräten zugestanden; außerdem ihnen außer dem täglichen 8-stündigen Zweierumschluß 4x wöchentlich ein 2-stündiger Umschluß zu viert gestattet. Den Beschwerdeführern wurde ferner die Versorgung mit hochwertiger Nahrung gewährt.

- Verfügung des 2. Strafsenats vom 15. Oktober 1975, 21. November 1975, 3. und 19. Dezember 1975 -.

- d) Aus Anlaß des Hungerstreiks der Beschwerdeführer im April 1977 hat die Leitung der Vollzugsanstalt Stammheim die Gutachter erneut um eine Untersuchung und Begutachtung der Beschwerdeführer er- sucht.

Hierzu haben die Prof. Müller und Schröder am 8. April 1977 und Prof. Rasch am 6. April 1977

einen Bericht erstattet.

- Gutachten und Berichte, die der
Kommission vorliegen -

3. Betreuung durch den Anstaltsarzt

Die Beschwerdeführer wurden während ihrer Haft laufend durch den Anstaltsarzt betreut, von dem sie sich allerdings nicht untersuchen ließen, und mit den erforderlichen Medikamenten usw. versorgt. Auf seine Veranlassung wurde der Beschwerdeführer Baader z.B. am 6. Oktober 1977 auf die Zelle 719, verlegt, damit er dort wegen einer Myalgie der Rückenmuskulatur besser gymnastische Übungen betreiben und ein Rudergerät benutzen konnte.

- Schreiben des Anstaltsarztes an den
Anstaltsleiter vom 6. Oktober 1977 - .

Im übrigen enthalten die Gutachten über die Obduktion, die nach der Selbsttötung der Beschwerdeführer vorgenommen wurde, außer einem unter dem durchschnittlichen Normalgewicht liegenden Körpergewicht und einer gewissen Abmagerung keine Hinweise auf auffällige organische Gesundheitsschäden bei den Beschwerdeführern.

V. Die Selbsttötung der Beschwerdeführer

1. Die Beschwerdeführer Baader und Ensslin wurden am Morgen des 18. Oktober 1977 um 8.07 Uhr tot, der Beschwerdeführer Raspe um 7.41 Uhr mit einer Kopfschußverletzung in ihren Zellen aufgefunden. Der Beschwerdeführer Raspe, der sofort in die Klinik gebracht worden war, starb dort kurze Zeit später. Neben den Beschwerdeführern Raspe und Baader wurde jeweils eine Pistole und zugehörige Patronen gefunden.

Die im Rahmen der Todesursachenermittlung am 18. und 19. Oktober 1977 durchgeführte gerichtliche Leichenschau und die Obduktion, bei der auch unabhängige ausländische Sachverständige sowie Wahlanwälte der Beschwerdeführer zugegen waren, ergab folgendes:

a) Beschwerdeführer Baader:

Der Beschwerdeführer Baader wurde tot auf dem Fußboden seiner Zelle in Rückenlage in einer Blutlache mit einer Kopfschußverletzung aufgefunden.

- Amtsgericht Stuttgart - Bad Cannstatt -
B 1 Gs 888/77 - Protokoll der Todesursachenermittlung Baader, Ensslin, Raspe und Verletzungsfall Möller vom
18. Oktober 1977, -

Die Obduktion ergab -

"bei völlig gesunden inneren Organen und bei Fehlen einer ins Gewicht fallenden Abmagerung - einen einzelnen Schädeldurchschuß ...; ...

ferner eindeutig ..., daß es sich bei der Einschußöffnung oberhalb der Nacken-Haargrenze um einen absoluten Nahschuß mit aufgesetzter Waffenmündung gehandelt hat;

...

daß die rechte Hand des Toten am Daumen eine natrium-rhodizanat-positive Stelle sowie an Daumen und Zeigefinger Blutspritzer aufge-

wiesen hat. Schußverletzungen und Schußspuren im gegenwärtigen Fall sprechen für die Beibringung von eigener Hand.

Eine Verletzung des Hirnstamms, wie sie bei Baader festgestellt wurde, führt augenblicklich zur Bewußtlosigkeit und Handlungsunfähigkeit und alsbald zum Tod. Außer dem Kopfdurchschuß waren keine weiteren Gewalteinwirkungsspuren nachweisbar."

- Amtsgericht Stuttgart - Bad Cannstatt
- B 5 Gs 887/77 - Leichensache Baader,
Protokoll der Obduktion vom
19. Oktober 1977 -

In Zusatzgutachten wurde als frühester Todeszeitpunkt der 18. Oktober 1977 zwischen 00.15 bis 00.30 Uhr und 02.15 Uhr festgestellt.

- Gutachten der Prof. Mallach und Rauschke
vom 14. November 1977 -

"Die umfangreichen chemisch-toxikologischen Untersuchungen haben keinen Hinweis darauf erbracht, daß ... Baader kurze Zeit vor Eintritt des Todes durch stark wirksame Mittel in einen Zustand der Bewußtseinsstörung oder der Bewußtlosigkeit versetzt worden wäre."

- Gutachten Prof. Mallach vom
6. Dezember 1977 -

b) Beschwerdeführerin Ensslin:

Die Leiche der Beschwerdeführerin Ensslin wurde am Fensterrost ihrer Zelle hinter einer Wolldecke in einer aus dem Elektrokabel ihres Plattenspielers hergestellten Schlinge freihängend und voll bekleidet aufgefunden. In unmittelbarer Nähe befand sich ein Stuhl

- Amtsgericht Stuttgart - Bad Cannstatt
B 1 Gs 888/77 - Todesursachenermittlung
Baader, Ensslin, Raspe und Verletzungsfall
Möller, Protokoll vom 18. Oktober 1977 .

Die Obduktion ergab:

Körpergröße 168 cm und ein Gewicht von 49 kg.
"Alle typischen Zeichen des Erhängungstodes.

Weitere Gewalteinwirkungsspuren waren eine Weichteilblutung am Rande der linken Daumennaus, Hautblutergüsse an beiden Kniescheiben besonders rechts, quengerichtete Hautkratzer unterhalb der linken Brust und ein kleiner Bluterguß im Bereich des Mittelgelenks des linken Mittelfingers. Diese Gewalteinwirkungsspuren sind nicht auf eine Einwirkung von fremder Hand verdächtig. Diejenigen Gewalteinwirkungsspuren, die man in den äußerst seltenen Fällen einer Erhängung von fremder Hand zu erwarten hätte wie Weichteilblutergüsse an den Armen infolge kräftigen Zupackers waren im gegenwärtigen Fall nicht vorhanden. Nach den bisherigen Feststellungen spricht auch nichts dagegen, daß die vorgefundene Erhängungssituation von eigener Hand bewerkstelligt werden konnte. Mithin spricht nichts gegen eine Selbsttötung durch Erhängung ...".

- Amtsgericht Stuttgart - Bad Cannstatt
- B 5 Gs 887/77 - Leichensache
Ensslin, Protokoll der Obduktion vom
18. Oktober 1977 -

In Zusatzgutachten wurde als frühester Todeszeitpunkt der 18. Oktober 1977 zwischen 1.15 und 1.25 Uhr festgestellt. Bei den chemisch-toxikologischen Untersuchungen "ließen sich keine Wirkstoffe nachweisen, die einen Einfluß auf die Bewußtseinstätigkeit hätten ausüben können."

- Gutachten der Prof. Mallach und
Rauschke vom 14. November 1977 und
Prof. Mallach vom 30. November 1977 -

c) Beschwerdeführer Raspe:

Die Obduktion ergab:

Gewicht 57 kg bei einer Körpergröße von
179 cm. "... einen einzelnen Kopfdurchschuß.
...
Ein Schädeldurchschuß von rechts nach links

mit Einschußöffnung im Sinne eines absoluten Nahschusses spricht für Selbstbeibringung, sofern es sich um einen Rechtshänder handelt. Leichenschau und Leichenöffnung ergaben keinerlei zusätzliche Gewalteinwirkungsspuren."

- Amtsgericht Stuttgart - Bad Cannstatt
B 5 Gs 887/77 - Leichensache Raspe,
Protokoll der Obduktion vom 19. Oktober
1977 -

"Die bei den chemisch-toxikologischen Untersuchungen nachgewiesenen körperfremden Stoffe stehen in Einklang mit den Medikamenten, die ... Raspe in der Haftanstalt erhalten hatte. Anhaltspunkte für Wirkstoffe, die zu einem Bewußtseinsverlust führen würden, haben die Untersuchungen nicht ergeben".

- Gutachten Prof. Mallach vom
30. November 1977 -

2. Die Beschwerdeführer hatten darauf gehofft, im Austausch gegen den am 5. September 1977 in Köln entführten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer und die Insassen der am 13. Oktober 1977 auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt entführten Lufthansa-Maschine "Landshut" freigelassen zu werden. Nachdem nach der Befreiung der 86 Geiseln in Mogadischu am 18. Oktober 1977 kurz nach Mitternacht diese Erpressungsaktion von ihnen als gescheitert angesehen werden mußte, scheinen sich die drei Beschwerdeführer zur Ausführung des vermutlich schon vorher geplanten gemeinsamen Selbstmordes entschlossen zu haben.

Bei der kriminaltechnischen Untersuchung der Zellen im 7. Stockwerk der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim wurde in der Zelle des Beschwerdeführers Raspe ein betriebsfertiges kleines Transistorradio in einem Pullover versteckt gefunden, welches auf das 1. Programm des Süddeutschen Rundfunks eingestellt war. Außerdem wurde festgestellt, daß die Beschwerde-

führer in der Lage waren, über bestimmte in dem Trakt vorhandene Elektroleitungen unter Verwendung von in ihren Zellen versteckten und in bestimmter Weise präparierten Lautsprechern, Ohrhörern, Kabel- und Steckerkombinationen und Batterien eine Sprechverbindung herzustellen.

- Vorläufiger Bericht der Landesregierung über die Ereignisse vom 18. Oktober 1977 in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim vom 26. Oktober 1977
- Landtag Baden-Württemberg, Drucksache 7/2500, S. 14ff; -
- Bericht des Dipl.Ing Bohner über eine in den Zellen Nr. 715 bis 726 des Untersuchungsgefängnisses Stammheim durchgeführte Untersuchung betr. Kommunikationsmöglichkeiten dort einsitzender Häftlinge untereinander und mit der Außenwelt vom 27. Oktober 1977. -

Es ist deshalb zu vermuten, daß der Beschwerdeführer Raspe über den Rundfunk von der Geiselfreiung, die der Deutschlandfunk bereits um 00.38 Uhr, die ARD-Sender um 00.40 Uhr gemeldet hatten, erfahren und dies den Mitgefangenen übermittelt hat. Auf diese Weise konnten die Beschwerdeführer die im Zusammenhang mit der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer über sie verhängte Kontaktsperre unterlaufen.

3. Tatwaffen und Waffenverstecke

Weitere kriminaltechnische Untersuchungen, bei denen nicht nur die Türfüllungen und Fußleisten entfernt, sondern schließlich auch die Waschbecken zerstört und Zellenwände abgetragen, der Fußboden aufgerissen und teilweise Suchhunde eingesetzt wurden, förderten besonders präparierte Verstecke, wie ausgekleidete, für Waffen geeignete und mit Gips verschlossene Hohlräume, die der Größe der gefundenen Waffen entsprachen,

aber auch eine weitere Handfeuerwaffe, Patronen und Sprengstoff in den von den Beschwerdeführern benutzten Zellen zu Tage

- Vorläufiger Bericht der Landesregierung vom 26. Oktober 1977, S. 14 ff. -.

Bemerkenswert ist, daß an den von den Beschwerdeführern Baader und Raspe zur Selbsttötung benutzten Waffen die Griffschalen fehlten, was ihren Transport und die Unterbringung in einem Versteck erleichterte. Auf welche Weise die Waffen in die Hafträume der Beschwerdeführer gelangten, ist noch Gegenstand staatsanwaltlicher Ermittlungen. Es wird angenommen, daß die bei dem Beschwerdeführer Raspe gefundene 9mm Heckler und Koch-Pistole im Oktober 1976 von einem Mitglied der Haag-Mayer-Gruppe in der Schweiz gekauft worden ist. Nach dem derzeitigen Stand der Ermittlungen besteht der dringende Verdacht, daß RA Arndt Müller die Waffen in präparierten Verteidigerakten in die Anstalt eingeschmuggelt hat.

4. Selbstmord als Strategie

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß die Beschwerdeführer ihr Ziel des bewaffneten Kampfes auch nach der mehrjährigen Haft nicht aufgegeben haben. Noch am 29. März 1977 gab die Beschwerdeführerin Ensslin in der Hauptverhandlung eine Erklärung mit den programmatischen Schlußsätzen ab:

" Den Widerstand bewaffnen
die Illegalität organisieren
den antiimperialistischen Kampf
offensiv führen".

- Verfügung des Vorsitzenden des 2. Straf-
senats vom 15. April 1977 -

Zu der von der Baader-Meinhof-Gruppe entwickelten Strategie zur Fortführung ihres Kampfes aus dem

Gefängnis heraus gehörte auch der Selbstmord als Kampfmittel. Dies läßt sich aus zahlreichen authentischen Aussagen der Gruppenmitglieder (Kassibern, Zellenzirkularen, "Bekennerbriefen", Info-Beiträgen usw.) nachweisen. In einem am 4. Februar 1974 aufgefundenen Kassiber hat der Beschwerdeführer Baader z.B. geschrieben:

" Ich denke, wir werden den Hungerstreik diesmal nicht abbrechen. Das heißt, es werden Typen dabei kaputtgehen."

- vgl. Beschluß des 2. Strafsenats
des OLG Stuttgart vom 30. September 1975,
S. 10 -

Die Beschwerdeführerin Ensslin erläutert in einem Kassiber, der am 9. Mai 1975 bei Rechtsanwältin Becker gefunden wurde:

" ... wir können sagen: jede 3. Woche (oder egal 2., 4.) wird sich einer von uns töten solange bis die Isolation für uns alle aufgehoben ist."

Am 8. Oktober 1977 hat der Beschwerdeführer Baader in einem Gespräch mit einem Beamten des Bundeskriminalamtes erklärt, die Gefangenen beabsichtigten nicht, die gegenwärtige Situation länger hinzunehmen. Die Bundesregierung werde "künftig nicht mehr über die Gefangenen verfügen können". Es werde sich um eine irreversible Entscheidung der Gefangenen handeln.

Die Beschwerdeführerin Ensslin verlas gegenüber demselben Beamten am 9. Oktober 1977 eine Erklärung, in der es u.a. hieß:

"... dann werden wir, die Gefangenen in Stammheim, Schmidts Entscheidung aus der Hand nehmen, in dem wir entscheiden, und zwar wie es jetzt noch möglich ist, als Entscheidung über uns ...

Aber ich denke, die Konsequenz bedeutet zwangsläufig weitere Eskalation und damit das, wovon in der Bundesrepublik bisher nicht die Rede sein konnte: Terrorismus."

Zu der Strategie der Gruppe gehörte auch, einen geplanten Selbstmord als Mord darzustellen. In einem von dem am 9. November 1974 an den Folgen eines Hungerstreiks gestorbenen Holger Meins am 9. März 1974 verfaßten, am 24. März 1975 bei der Beschwerdeführerin Ensslin aufgefundenen Zellenzirkular heißt es in bezug auf die tödliche Gefahr des Hungerstreiks:

" so wie ich das seh, ist ein hs (Hungerstreik)
1. sehr gefährlich weil u.u. tödlich ....
Für den Fall, daß ich in Haft vom Leben in den Tod komme, war's Mord - gleich was die Schweine behaupten werden ... "

Dabei ging die Gruppe davon aus, daß ein solcher Selbstmord im Gefängnis, der als Mord ausgegeben wird, das Signal für weitere terroristische Aktionen darstellt:

" ... sollte einer der gefangenen ermordet werden
- und der tod in der isolationszelle ist
nichts anderes als mord - werden wir sofort
im in- und ausland antworten ..."

- "Bekennerbrief" der RAF vom 3. September 1977
zum Anschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe am 25. August 1977 -

Die am 18. Oktober 1977 erfolgte Selbsttötung der Beschwerdeführer und die Art wie sie ausgeführt wurde, fügt sich in diese Strategie ein.

VI. Vorbehalt der Sachdarstellung

Die Bundesregierung behält sich vor, die Sachdarstellung, ggf. im weiteren Verlauf des Verfahrens zu ergänzen. Vorsorglich weise ich daraufhin, daß das Nichteingehen auf alle Einzelheiten der Beschwerdebegründungsschrift der Antragsteller vom 29. August 1977 nicht als Anerkennung der dort gegebenen Tatsachendarstellung angesehen werden kann.

Im übrigen erkläre ich ausdrücklich die Bereitschaft der Bundesregierung, sämtliche hier erwähnten und die darüber hinaus von der Kommission für sachdienlich gehaltenen Beweismittel zur Verfügung zu stellen.

C. Zur Zulässigkeit der Beschwerden

I. Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen

1. Zulässigkeit der Beschwerde Andreas Baaders im
Hinblick auf die Individualbeschwerde Nr. 6166/73:

Der Beschwerdeführer Baader hat bereits in der Individualbeschwerde Nr. 6166/73, welche am 25. Juni 1973 bei der Kommission eingereicht worden ist, gerügt, daß die Haftbedingungen, denen er nach seiner Festnahme im Juni 1972 unterworfen war, eine psychische Folter durch Isolierung darstellten und gegen Art. 3 der Konvention verstießen, und daß die ihm auferlegten Beschränkungen auch die Garantie des fairen Verfahrens (Art. 6 Abs. 1 MRK) verletzten und ihn an einer ausreichenden Vorbereitung seiner Verteidigung hinderten.

Die Kommission hat die Beschwerde am 30. Mai 1975 wegen offensichtlicher Unbegründetheit für unzulässig erklärt.

Die vorliegende Beschwerde stützt sich teilweise auf Vorgänge, die vor dem 30. Mai 1975 liegen und denselben Gegenstand wie die frühere Beschwerde betreffen. Insoweit ist die Beschwerde des Beschwerdeführers Baader gem. Art. 27 Abs. 1 b der Konvention unzulässig.

Hierbei kann die Tatsache, daß der Beschwerdeführer bzw. seine Anwälte die von der Kommission in dem Verfahren Nr. 6166/73 erbetenen und von diesen mehrfach angekündigten weiteren Informationen und die Gegenäußerung zur Stellungnahme der Bundesregierung überhaupt nicht mehr eingereicht haben (vgl. dazu Décisions et Rapports Bd. 2, 1975, S. 58f(61 f)), dieses Ergebnis nicht verändern. Alle jetzt zu Art. 3 und 6 MRK vorgetragenen Tatsachen waren dem Beschwerde-

führer damals bekannt und hätten von ihm geltend gemacht werden können. Der Zeitraum bis zum 30. Mai 1975 ist durch die Entscheidung der Kommission in der Beschwerde Nr. 6166/73 erledigt und kann daher - soweit es den Beschwerdeführer Baader angeht - nicht erneut aufgerollt werden.

2. Zur Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmittel und der Einhaltung der Sechsmonatsfrist (Art. 26 und 27 Abs. 3 MRK) im Hinblick auf den Vorwurf, die Haftbedingungen stellten Folter oder unmenschliche Behandlung i.S. des Art. 3 MRK dar.

Die Haftbedingungen, die die Beschwerdeführer rügen, beziehen sich auf die gesamte Dauer der Haft seit ihrer Festnahme im Juni 1972.

- Beschwerdebegründung vom 29. August 1977
S. 3 -

Die Beschwerdeführer stützen sich dabei u.a. auf die Untersuchungshaft der Beschwerdeführerin Ensslin in der Vollzugsanstalt Köln-Ossendorf vom 5. Februar 1974 bis September 1974, auf die ärztlichen Gutachten der Prof. Rasch vom 10. September 1975, Prof. Müller und Schröder vom 17. September 1975, Prof. Mende vom 17. Oktober 1975 und Prof. Rasch vom 7. November 1975 und auf die Berichte des Prof. Mende vom 6. April 1977 und der Prof. Müller und Schröder vom 8. April 1977.

- Beschwerdebegründung a.a.O.
S. 5 ff. -

sowie auf verschiedene Beschlüsse u.a. des Ermittlungsrichters beim Bundesgerichtshof vom 12. Juni 1972 und des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart, nämlich vom 30. September 1975, 15. Oktober 1975

- 2 StE (OLG Stgt) 1/74 -, 21. November 1975

- 2 StE (OLG Stgt) 1/74 -, 15. April 1977

- 2 StE (OLG Stgt) 1/74 -, 7. April 1977
sowie des Bundesgerichtshofes vom 22. Oktober 1975
- 1 StE 1/74 - StB 60 - 63/75.

- Beschwerdebeurteilung a.a.O.
S. 5 ff. -

Die Beschwerdeführer leiten die Erfüllung der Zulässigkeitsvoraussetzungen nach Art. 26 und 27 Abs. 3 MRK daraus her, daß sie gegen den Beschluß des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 30. September 1975 den Bundesgerichtshof angerufen und gegen dessen Beschluß vom 22. Oktober 1975 Verfassungsbeschwerde erhoben haben. Diese ist durch Beschluß des 2. Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Januar 1976
- 2 BvR 941/75 - verworfen worden

- BVerfGE 41, S. 246 ff -.

Damit sei der innerstaatliche Rechtsweg erschöpft und die von den Beschwerdeführern am 12., 15. und 9. Juli 1976 erhobenen Individualbeschwerden innerhalb der Sechsmonatsfrist und damit rechtzeitig erhoben worden.

- a.a.O. S. 2 f. -

Dies trifft indes nicht zu. Die genannten Entscheidungen des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 30. September 1975 und des Bundesgerichtshofs vom 22. Oktober 1975 betrafen die Frage, ob die Hauptverhandlung vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart in Abwesenheit der angeklagten Beschwerdeführern fortgesetzt werden durfte. Dem entsprechend war Gegenstand der Verfassungsbeschwerde auch nur diese rechtliche Frage und nicht diejenige, ob die Haftbedingungen, denen die Beschwerdeführer unterworfen waren, eine

Folter oder unmenschliche Behandlung darstellten. Dieser Vorwurf hätte vom Bundesverfassungsgericht unter dem Gesichtspunkt der Art. 2 Abs. 2 und 104 Abs. 1 GG geprüft werden können und müssen, wenn die Beschwerdeführer dies geltend gemacht hätten. Zwar hatten die Beschwerdeführer ihre Verhandlungsunfähigkeit mit ihrem Gesundheitszustand und den Haftbedingungen begründet. Dies reicht aber nicht aus, um diese Verfahren, in denen es um die Fortführung der Hauptverhandlung in Abwesenheit der Beschwerdeführer ging, als Rechtsmittelverfahren i.S. des Art. 26 MRK anzuerkennen, in denen der Vorwurf der Isolationsfolter innerstaatlich überprüft worden ist. Da der Tatbestand der Folter und unmenschlichen Behandlung nicht Gegenstand der genannten Entscheidungen des Oberlandesgerichts Stuttgart, des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts war, kann somit das Erfordernis der innerstaatlichen Rechtswegerschöpfung und der Einhaltung der Sechsmonatsfrist (Art. 26 MRK) nicht auf diese Entscheidungen gestützt werden. Soweit die Beschwerdeführer aber gegen die Haftbedingungen jeweils regelnden einzelnen gerichtlichen Beschlüsse und Verfügungen Gebrauch von den innerstaatlichen Rechtsmitteln gemacht haben, haben sie es jedenfalls versäumt, rechtzeitig Menschenrechtsbeschwerde einzulegen. Hinsichtlich der jüngeren Haftentscheidungen, wie z.B. dem Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 15. April 1977 fehlt es an der Erschöpfung des Rechtsweges. Der Umstand, daß die Beschwerdeführer nicht einzelne Handlungen, sondern einen sich über einen längeren Zeitraum erstreckenden Zustand rügen, kann sie nicht von den Zulässigkeitsvoraussetzungen entbinden.

Die formellen Zulässigkeitsvoraussetzungen des Art. 26 MRK können deshalb hinsichtlich des Foltervorwurfs (Art. 3 MRK) nicht als erfüllt angesehen werden.

3. Zur Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges und der Einhaltung der Sechsmonatsfrist (Art. 26 MRK) im Hinblick auf den Vorwurf der Verletzung der Garantien des fairen Verfahrens (Art. 6 MRK)

Die Beschwerdeführer haben die Verletzung verschiedener in Art. 6 der Konvention gewährleisteter Verfahrensgarantien geltend gemacht.

a) Vorwurf der Verletzung des Anspruchs auf ein unabhängiges und unparteiisches, auf Gesetz beruhendem Gericht (Art. 6 Abs. 1 MRK) und der Unschuldsvermutung (Art. 6 Abs. 2 MRK).

Die Beschwerdeführer haben es versäumt, nach der Erfolglosigkeit der in Anspruch genommenen innerstaatlichen Rechtsmittel (Einstellungsanträge, Richterablehnung) rechtzeitig Individualbeschwerde zu erheben. Sie stützen die Rügen teilweise auf Vorgänge aus dem Jahre 1973

- Beschwerdebegründung
S. 32 ff -

Immerhin hat die Hauptverhandlung in dem Strafverfahren bereits am 21. Mai 1975 begonnen. Die Beschwerdeführer hätten die Rüge der Nichteinhaltung des Gebots des gesetzlichen Richters (Art. 101 GG) und der Verletzung der Unschuldsvermutung (Art. 20 GG) erheben und nach Erschöpfung der Rechtsmittel Verfassungsbeschwerde einlegen können. Dies ist jedoch nicht geschehen. Insoweit fehlt es demnach an der Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges.

b) Ausschluß von Verteidigern

Die Beschwerdeführer machen geltend, daß der Ausschluß einiger ihrer Verteidiger von ihrer Verteidigung ihren Anspruch auf ausreichende Verteidigungsmöglichkeiten und den Beistand eines Verteidigers ihrer Wahl (Art. 6 Abs. 3 lit. b und c MRK) verletzt habe. Sie stützen ihre Rüge auf die nachstehend genannten Ausschließungen bzw. Nichtzulassung von Verteidigern

- Beschwerdeschrift a.a.O. S. 40 ff. -

Hierzu ist festzustellen:

- Rechtsanwalt Dr. Croissant ist durch Beschluß des 1. Senats des OLG Stuttgart vom 22. April 1975 - 1 ARs 25/75 - von der Verteidigung des Beschwerdeführers Baader wegen des Verdachts der Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, also der Beteiligung an der Straftat, deren seine Mandaten angeklagt waren, endgültig ausgeschlossen worden, nachdem der 2. Senat des Oberlandesgerichts Stuttgart mit Beschluß vom 12. März 1975 - 2 ARs 81/75 - zunächst das Ruhen der Verteidigerrechte angeordnet hatte. Der Bundesgerichtshof hatte die hiergegen eingelegte Sofortige Beschwerde mit Beschluß vom 20. Mai 1975 - StB 13/75 / 1 StE 1/74 - verworfen. Die hiergegen eingelegte Verfassungsbeschwerde hat das Bundesverfassungsgericht mit Beschluß vom 4. Juli 1975 - 2 BvR 482/75 - nicht zur Entscheidung angenommen, weil sie keine hinreichende Aussicht auf Erfolg hatte. Das Bundesverfassungsgericht hatte nämlich bereits durch Beschluß seines 2. Senats vom 8. April 1975 - 2 BvR 207/75 - (= BVerfGE 39, 238 ff.) eine Verfassungsbe-

schwerde wegen des Widerrufs der Bestellung RA Croissants als Pflichtverteidiger der vier Angeklagten des Strafverfahrens vor dem 2. Senat des Oberlandesgerichts Stuttgart verworfen.

- Rechtsanwalt Groenewold wurde durch Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 2. Mai 1975 - 1 ARs 27/75 - ebenfalls von der Verteidigung des Beschwerdeführers Baader wegen des Verdachts der Tatbeteiligung ausgeschlossen. Der Bundesgerichtshof hat dies durch Beschluß vom 1. August 1975 - 1 StE 1/74 - / StB 15/75 - bestätigt. Das Bundesverfassungsgericht hat die hiergegen eingelegte Verfassungsbeschwerde durch Beschluß vom 18. September 1975 - 2 BvR 731/75 - mangels hinreichender Erfolgsaussicht nicht zur Entscheidung angenommen.
- Rechtsanwalt Stroebele wurde von der Verteidigung des Beschwerdeführers Baader durch Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 13. Mai 1975 - ARs 3/75 - ausgeschlossen. Diese Entscheidung hat der Bundesgerichtshof durch Beschluß vom 26. August 1975 - StB 16/75 - bestätigt.
- Mit Beschluß vom 3. Juni 1975 - ARs 4/75, 5/75 und 6/75 - hat der 1. Senat des Oberlandesgerichts Stuttgart festgestellt, daß der Ausschluß der Rechtsanwälte Stroebele, Groenewold und Dr. Croissant sich auf die Verteidigung aller vier Angeklagten, also neben der des Beschwerdeführers Baader auch auf diejenige der Beschwerdeführer Ensslin und Raspe (sowie der inzwischen verstorbenen Angeklagten Meinhof) erstrecke.

Die hiergegen eingelegten Sofortigen Beschwerden sind durch Beschluß des Bundesgerichtshofs vom 22. Oktober 1975 - 1 StE 1/74 / StB 18/75 - verworfen worden.

- Mit Beschluß vom 4. November 1975 hat der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart den Rechtsanwalt Spangenberg gem. § 146 StPO nicht zur Verteidigung des Beschwerdeführers Raspe zugelassen, weil dieser bereits für den ebenfalls der Gruppe der Beschwerdeführer zugehörigen Angeklagten Grashof als Verteidiger in einem vor dem Landgericht Kaiserslautern anhängigen Verfahren bestellt war und die Gefahr der Interessenkollision bestand.

Soweit die Beschwerdeführer in ihrer Beschwerdebegründung auch die Nichtzulassung der Rechtsanwälte Golzen und Köncke durch den erwähnten Beschluß heranziehen, ist festzustellen, daß dies für die vorliegende Beschwerde ohne Belang ist, weil diese beiden Anwälte als Verteidiger von Ulrike Meinhof nicht aber der Beschwerdeführer bestellt werden wollten.

- Schließlich ist zu verweisen auf den von den Beschwerdeführern nicht erwähnten Beschluß des Bundesverfassungsgerichts - Zweiter Senat - vom 11. März 1975 - 2 BvR 135, 136, 137, 138, 139/75 -, Mit dem/sich die drei Beschwerdeführer zusammen mit weiteren Mitangeklagten gegen die mit dem Gesetz zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 20. Dezember 1974 - (BGBl. I S. 3686) eingeführte Beschränkung der Zahl der Wahlverteidiger auf drei (§ 137 Abs. 1 Satz 2 StPO)

7/Verfassungsbeschwerden haben

und das Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung mehrerer Beschuldigter (§ 146 StPO) gewandt. Diese Beschränkung machen sie auch in der vorliegenden Beschwerde geltend.

Die Beschwerdeführer haben gegen den Ausschluß bzw. die Nichtzulassung bestimmter Verteidiger die zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsmittel in Anspruch genommen. Sie haben es aber verabsäumt, rechtzeitig die Europäische Menschenrechtskommission anzurufen. Die im Juli 1976 eingereichten Beschwerden sind später als sechs Monate nach den vorstehend genannten letztinstanzlichen Entscheidungen angebracht worden und somit unzulässig (Art. 26, 27 Abs. 3 MRK).

- c) Soweit die Beschwerdeführer die zeitweise Durchführung der Hauptverhandlung in Abwesenheit der Angeklagten rügen (Art. 6 Abs. 3 c MRK), liegen die formellen Zulässigkeitsvoraussetzungen nach Art. 26 MRK vor; denn diese Beschwerde war Gegenstand der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 21. Januar 1976 - 2 BvR 941/75 - .

II. Offensichtliche Unbegründetheit der Beschwerden
(Art. 27 Abs. 2 MRK)

Die Beschwerden sind im übrigen auch offensichtlich unbegründet.

1. Zum Vorwurf der Folter oder unmenschlichen Behandlung
i.S. des Art. 3 MRK

Die Beschwerdeführer machen geltend, daß die Haftbedingungen, denen sie unterworfen worden sind, ihre vollständige Isolierung zur Folge hatten und als Folter oder unmenschliche Behandlung i.S. von Art. 3 MRK angesehen werden müssen.

Diese Rüge ist unbegründet.

- a) Folter bzw. unmenschliche Behandlung hat die Kommission wie folgt umschrieben:

"The notion of inhuman treatment covers at least such treatment as deliberately causes severe suffering, mental or physical, which, in the particular situation, is unjustifiable.

The word "torture" is often used to describe inhuman treatment, which has a purpose, such as the obtaining of information or confessions, or the infliction of punishment, and it is generally an aggravated form of inhuman treatment. Treatment or punishment of an individual may be said to be degrading if it grossly humiliates him before others or drives him to act against his will or conscience."

- The Greek Case, Yearbook Vol. 12 bis, 1969, p. 186;

ferner: Castberg, European Convention on Human Rights, p. 83;
Fawcett, Application of the European Convention on Human Rights, p. 35 ff. -

Dieser Tatbestand liegt hinsichtlich der Haftbedingungen der Beschwerdeführer nicht vor. Es trifft zwar zu, daß die Beschwerdeführer anders behandelt wurden als die übrigen "normalen" Gefangenen in der Haftanstalt. Jedoch waren diese Haftbedingungen durch die Beschwerdeführer selbst veranlaßt. Hinzuweisen ist aber auch darauf, daß den Beschwerdeführern andererseits gewisse "Privilegien", wie längerer Hofgang, Sportmöglichkeiten, Um- und Zusammenschluß, Bezug von Literatur, eigene Fernsehgeräte, fast unbeschränkter Briefverkehr, eingeräumt worden waren, die den "normalen" Gefangenen nicht zustanden, mit denen aber die teilweise strengeren Haftbedingungen ausgeglichen wurden.

- b) Unzutreffend ist die Behauptung, die Beschwerdeführer seien in völliger Isolation gehalten worden. Wie sich aus den richterlichen Anordnungen über die Haft ergibt, konnten die Beschwerdeführer - mit Ausnahme des Zeitraumes der sog. Kontaktsperre nach der Entführung Dr. Schleyers am 5. September 1977 - die Besuche von Familienangehörigen und Verteidigern fast unbeschränkt, darüber hinaus auch andere Besuche in beschränktem Maße empfangen. Die Verteidiger haben davon auch regen Gebrauch gemacht, wie die registrierten Besuche zeigen. RA Arndt Müller war in der Zeit von März 1975 bis Juni 1977 allein 232 mal bei der Beschwerdeführerin Ensslin; der Beschwerdeführer Baader hatte z.B. zwischen dem 7. November und 19. Dezember 1974 50 mal, der Beschwerdeführer Raspe zwischen dem 12. und 19. Dezember 1974 über 30 mal Besuch von Verteidigern.

- vgl. Verfügung des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart vom 19. Dezember 1974 -

Hinsichtlich der Möglichkeiten des Um- und Zusammenschlusses, Briefverkehrs, der Literatur usw. wird auf Abschnitt B III (oben S. 11 ff.) verwiesen.

Die Isolierung der Beschwerdeführer von den übrigen Mitgefangenen beruht teils auf Sicherheitserwägungen, teils aber auf dem eigenen Verhalten der Beschwerdeführer. Diese haben auch die Agitation und den Aufruhr in der Haftanstalt als Teil ihres revolutionären Kampfes angesehen. In einem bei der Zellendurchsuchung am 16. Juli 1973 aufgefundenen Papier heißt es:

" wichtiger ist, daß ihr folgendes richtig seht und entsprechend korrigiert:
die trennung zwischen politischen und kriminalisierten gefangenen wird nicht dadurch aufgehoben, daß die politischen sich entpolitisieren, sondern umgekehrt ... das komitee soll uns zu den voraussetzungen: kommunikation und information verhelfen, damit man eines tages tatsächlich von revolten im knast sprechen kann, ... also in dem moment, wo wir nicht mehr von ihnen getrennt sind, ihr kontakt zu uns, unserer zu ihnen als erster organisatorischer schritt geschafft ist, gehts weiter, und wie die lage ist, können das nicht sie, sondern wir schaffen, ..."

- vgl. Verfügung des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart vom 19. Dezember 1974, S. 8 -.

Im Hinblick auf dieses erklärte Ziel der Gruppe, den Kampf in den Haftanstalten fortzusetzen, kam eine volle Eingliederung der Beschwerdeführer in den normalen Strafvollzug nicht in Betracht.

Mehrfache Versuche, den Beschwerdeführern den gemeinsamen Hofgang mit kleineren Gruppen anderer Untersuchungsgefangener zu gestatten, schlugen fehl, weil die Beschwerdeführer dies als "Spitzzellösung" abgelehnt haben

- Verfügung des 2. Strafsenats a.a.O. S. 9 -.

Andererseits waren aber auch die übrigen Gefangenen nicht an Kontakten mit den Häftlingen der Baader-Meinhof-Gruppe interessiert.

- c) Die zusätzlichen Sicherungen im Zellentrakt des 7. Stockwerks an den Fenstern und Türen der Zellen der Beschwerdeführer, aber auch die Vorkehrungen für den Kontakt mit dem Vollzugspersonal bei der Essensausgabe, beim Öffnen und Einschließen der Beschwerdeführer usw. waren aus Sicherheitsgründen unerlässlich. Gleiches gilt für die Überwachung und Durchsuchung der Besucher und der Beschwerdeführer selbst. Das Bestreben der Beschwerdeführer war von Anfang an und bis zuletzt auf die eigene Befreiung und die Organisation derselben aus dem Gefängnis heraus gerichtet, wie Zellenzirkulare u.ä. aber vor allem die oben unter II 2, S. 12 ff. aufgeführten Befreiungsaktionen zeigen, bei denen Menschen kaltblütig ermordet, eine Vielzahl in Lebensgefahr gebracht und als Geiseln genommen und mit Foltermethoden als Gefangene der RAF festgehalten und schließlich - wie es im Falle Dr. Schleyer geschehen ist - "hingerichtet" wurden.

Die Haftbedingungen der Beschwerdeführer waren durch ihre besondere Gefährlichkeit veranlaßt. Da sie weiter an ihrem Konzept des bewaffneten Kampfes festhielten, mußte ständig mit Ausbruchs- oder gewaltsamen Befreiungs- und Freipressungsversuchen von Außen und der Organisation neuer Gewaltver-

verbrechen aus der Zelle heraus gerechnet werden. Gemessen an den Straftaten, die die Beschwerdeführer begangen haben, und den Angriffen auf das Leben anderer Menschen und den Rechtsfrieden in der Gesellschaft, die von den Beschwerdeführern zu erwarten waren, waren diese Vorkehrungen angemessen. Sie dienten allein der Sicherheit und den Zielen der Strafverfolgung und des Strafvollzuges und hielten sich strikt innerhalb der durch die Grundrechte und die Gesetze einer demokratischen Gesellschaft gezogenen Schranken.

- d) Soweit die Beschwerdeführer den Nachweis, sie seien der Isolationsfolter ausgesetzt gewesen, mit ihrem Gesundheitszustand und den von medizinischen Sachverständigen im Herbst 1975 und Frühjahr 1977 erstatteten Gutachten führen wollen, muß dieser Versuch scheitern.

Anlaß für die Anforderung der Gutachten durch das Gericht war der Umstand, daß die Beschwerdeführer durch mehrfachen und über einen längeren Zeitraum andauernden Hungerstreik sich vorsätzlich selbst in einen physischen und psychischen Zustand versetzten, der sie verhandlungsunfähig machte. Auf diese Weise wollten sie nämlich den gegen sie geführten Strafprozeß blockieren. Sie gingen bei diesem gemeinschaftlich verabredeten und durchgeführten Hunger- und teilweise Durststreik soweit, daß sie die Beschädigung ihrer Gesundheit und auch den Tod von Gruppenmitgliedern und ggf. ihren eigenen nicht nur in Kauf nahmen, sondern bewußt als Waffe einsetzten.

- vgl. dazu oben Abschn. B IV (S. 25 ff.)
und B V 4 (S. 36 ff.) -

In einem Schreiben der Mitangeklagten Ulrike Meinhof vom 13. März 1974 wird dies deutlich:

" Klar ist, daß wir uns für diesen Hungerstreik einen Zeitpunkt aussuchen, wo nicht nur unsere Drohung zu verhungern (denn eine Waffe wird es nur, wenn klar ist, daß er durchgehalten wird, bis seine kollektive Forderung erfüllt ist auch wenn es Kranke und Tote gibt) Druck ausübt, sondern auch die Planung der 3 Prozesse: Stuttgart, Hamburg, Zweibrücken."

- vgl. Beschluß des 2. Senats des
OLG Stuttgart vom 30. September 1975,
S. 11 -

Der durch den Hungerstreik von den Beschwerdeführern selbst herbeigeführte schlechte Gesundheitszustand kann daher nicht als Beweis einer ihnen von staatlichen Organen zugefügten Folter oder unmenschlichen Behandlung angeführt werden. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Gutachter auch die lange Dauer der Haft, die Haftbedingungen und die Streßsituation des Strafverfahrens als in nicht näher bezeichnetem Umfang mit ursächlich für den physischen und psychischen Zustand der Beschwerdeführer ansahen. Denn dies sind Auswirkungen, die jeder Untersuchungshäftling und Strafgefangene hinnehmen muß. Aber auch diese Umstände haben die Beschwerdeführer selbst zu verantworten, und zwar nicht nur als Reaktion auf ihr strafbares Handeln; sondern auch insoweit als die lange Dauer des Ermittlungs- und Strafverfahrens wesentlich durch ihr eigenes Prozeßverhalten verursacht ist.

e) Zusammenfassend ist festzustellen:

Von einer erniedrigenden oder gar die Menschenwürde verletzenden Behandlung der Beschwerdeführer durch die Organe der Justiz kann daher

nicht die Rede sein. Die Rüge, die Haftbedingungen der Beschwerdeführer stellten Folter oder unmenschliche Behandlung i.S. von Art. 3 MRK dar, ist daher offensichtlich unbegründet.

2. Zum Vorwurf, die Beschwerdeführer seien nicht von einem unabhängigen und unparteiischen Gericht (Art. 6 Abs 1 MRK) gehört worden.

Die Anklage der Beschwerdeführer durch den Generalbundesanwalt beim Oberlandesgericht Stuttgart entspricht der Strafprozeßordnung. Die Geschäftsverteilung auf die einzelnen Senate und die Zuteilung der Richter zu den einzelnen Spruchkörpern wird unter Berücksichtigung der Geschäftslage jeweils vor dem Beginn des Geschäftsjahres für dessen Dauer durch das Präsidium des Gerichts bestimmt (§ 21 e des Gerichtsverfassungsgesetzes). In dieser Weise ist auch bei der personellen Besetzung des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart verfahren und der Grundsatz des gesetzlichen Richters eingehalten worden. Die Beschwerden sind daher insoweit auch offensichtlich unbegründet.

3. Zum Vorwurf der Verletzung der Unschuldsvermutung (Art. 6 Abs. 2 MRK)

Die Garantie des Art. 6 Abs. 2 MRK betrifft ausschließlich das Verfahren, das zur gerichtlichen Entscheidung über die Schuld des Angeklagten führt; deshalb bezieht sich die Garantie zuvörderst auf die Einstellung der Richter, mit der sie ein Verfahren durchführen. Die Garantie verpflichtet sie, dem Angeklagten unvoreingenommen und ohne Vorurteil gegenüberzutreten. Das Urteil, daß ein Angeklagter ein Verbrechen begangen hat, darf nicht vorweggenommen, vielmehr muß seine

Schuld durch direkte und indirekte Beweise nachgewiesen werden und der Angeklagte muß die Möglichkeit haben, die Beweise zu widerlegen.

- vgl. Pfunders-Fall, Annuaire,
Vol. 6, 1963, p. 740 f. (782) -.

Aus diesem Grunde liegen die Behauptungen, die die Beschwerdeführer zur Begründung dieses Vorwurfs anführen, neben der Sache.

Im übrigen ist festzustellen, daß die politischen Organe des Staates nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben, sich zu Terroranschlägen, die die gesamte Bevölkerung erregen, und zu der Agitation der Baader-Meinhof-Gruppe, gegenüber der Bevölkerung zu äußern und die Öffentlichkeit über die Auffassung und die Maßnahmen der Regierung zu informieren. Dies ist schon deshalb geboten, weil diese Gruppe selbst bewußt die öffentliche Auseinandersetzung sucht und die Einschaltung der Massenmedien als Träger ihrer Agitation in Anspruch genommen hat.

Die Beschwerden sind daher auch hinsichtlich des Vorwurfs der Verletzung der Unschuldsvermutung offensichtlich unbegründet.

4. Zum Vorwurf der nichtausreichenden Vorbereitung der Verteidigung

Art. 6 Abs. 3 lit. b der Konvention garantiert dem Angeklagten als eines der Mindestrechte, daß er über ausreichend Zeit und Gelegenheit zur Vorbereitung seiner Verteidigung verfügen muß. Die Hauptverhandlung vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart hat am 21. Mai 1975 begonnen. Der Generalbundesanwalt hat am 14. Januar 1974 beim Untersuchungsrichter dieses Gerichts den Antrag auf Voruntersuchung gestellt und in einer 310 Seiten umfassenden Antragschrift begründet. Die Beschwerdeführer und ihre Anwälte hatten somit selbst in dieser unmittelbar die Hauptverhandlung vorbereitenden Prozeßphase 14 Monate zur Vorbereitung zur Verfügung. Sie haben dies auch genutzt, wie der rege Besuchsverkehr der Anwälte bei den Beschwerdeführern zeigt. In den letzten Monaten vor Hauptverhandlungsbeginn sind den Beschwerdeführern zusätzliche Zusammenkünfte in der Haftanstalt zur Erörterung ihrer Verteidigung gestattet worden.

- Verfügung des Vorsitzenden des 2. Strafsenats des OLG Stuttgart vom 18. Februar 1975 (2 ARs 43/75), 26. Februar 1975 (2 StE (OLG Stgt) 1/74), 9. Mai 1975 (ARs 120/75), 14. Mai 1975 und 26. Mai 1975, 3. Juni 1975 (2 StE (OLG Stgt) 1/74 -.

Sie verfügten außerdem über Bücher, Zeitungen und Zeitschriften und Schreibmaschinen.

Es ist nicht ersichtlich worin eine Behinderung der Vorbereitung der Verteidigung bestanden haben soll. Die Beschwerde ist deshalb offensichtlich unbegründet.

5. Zum Vorwurf der Behinderung der Verteidigung
durch Verhandlung in ihrer Abwesenheit

Art. 6 Abs. 3 lit. c der Konvention gewährleistet nicht das Recht des Angeklagten, in jedem Stadium des Verfahrens persönlich anwesend zu sein, vielmehr genügt es, daß er durch einen Verteidiger vertreten ist:

" It appears from this clause that the accused may at his trial either defend himself or obtain legal assistance, the choice being his; and that legal assistance is to be understood as comprising advice or representation or both. Where he is represented by a lawyer, the accused cannot claim under Article 6 a right to attend the hearing in person at any stage."

- Fawcett, Application of the European
Convention on Human Rights, p. 169 -

Da jeder der Beschwerdeführer, sogar durch mehrere Anwälte in der Hauptverhandlung vertreten war, ist Art. 6 Abs 3 (c) eingehalten worden.

Der 2. Strafsenat hat am 30. September 1975 beschlossen, die Hauptverhandlung in Abwesenheit der Beschwerdeführer fortzusetzen, nachdem diese selbst durch Hungerstreik ihre beschränkte Verhandlungsfähigkeit herbeigeführt hatten. Nach den Gutachten der Fachärzte

- vgl. oben B IV -

waren die Beschwerdeführer nur höchstens drei bis vier Stunden an drei Vormittagen wöchentlich (unter Einrechnung von Pausen) verhandlungsfähig. Das hätte bedeutet, daß der umfangreiche Strafprozeß auch nicht in angemessener Zeit (Art. 6 Abs. 1 MRK) hätte zu Ende geführt werden können. Dies war auch die erklärte Absicht der Beschwerdeführer gewesen, als sie gemein-

schriftlich in Hungerstreik traten. In einem im Juni 1974 von dem Beschwerdeführer Baader verfaßten Zellenzirkular heißt es:

"Es ist noch lange nicht klar, daß in Stuttgart verteidigt wird. Wir haben an dieser Veranstaltung nur Interesse, wenn wir sie umdrehen können. Dazu gehört auch eine Verteidigerkonstruktion, die noch nicht zu sehen ist. Dazwischen liegt der Hungerstreik und damit ist nicht mal klar ob da überhaupt was anfängt."

- vgl. Beschluß des OLG Stuttgart
2. Senat vom 30. September 1975, S. 12 -;
- ferner auch den Kassiber der Beschwerdeführerin Ensslin vom 9. Mai 1975, oben S. 36 -.

Das Gericht hat deshalb zu Recht beschlossen, die Hauptverhandlung in Abwesenheit der Angeklagten, die durch ihre Verteidiger vertreten waren, weiterzuführen.

Der Bundesgerichtshof hat diese Entscheidung des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart bestätigt

- BGH - Beschluß vom 22. Oktober 1975
- StE 1/74 -
StB 60 - 63/75 -

und das Bundesverfassungsgericht die hiergegen eingelegte Verfassungsbeschwerde verworfen

- Beschluß vom 21. Januar 1976
- 2 BvR 941/75 -.

Auch Art. 6 Abs. 3 c der Konvention ist dadurch nicht verletzt. Die Beschwerden sind auch insoweit offensichtlich unbegründet.

6. Zum Vorwurf der Behinderung der Verteidigung durch
Ausschluß einzelner Anwälte der Beschwerdeführer
vom Verfahren

Die Garantie des Art. 6 Abs. 3 lit. c der Konvention beinhaltet nicht ein absolutes Recht darauf, daß jeder Verteidiger zugelassen werden muß, sie erstreckt sich vielmehr nur darauf, die Verteidigung des Angeklagten durch einen Verteidiger, sei es durch Beratung, wenn er sich ansonsten selbst verteidigen kann, sei es durch Vertretung in der Hauptverhandlung, insoweit sicherzustellen als es für ein faires Verfahren erforderlich ist. Infolgedessen ist es den Konventionsstaaten erlaubt, durch Regelungen auch die Zulässigkeit von Verteidigern und ihr Auftreten vor Gericht zu beschränken.

"que le droit de se défendre avec l'assistance du défenseur de son choix, garanti par l'article 6, paragraphe (3), alinéa (c), de la Convention, à toute personne accusée d'infraction, n'est pas un droit absolu mais qu'il est limité par le droit de l'Etat intéressé de réglementer la comparution des avocats devant les tribunaux; que, dès lors, L'Etat dispose du pouvoir discrétionnaire pour exclure la comparution d'avocats devant les tribunaux"

- Requête Nr. 722/60,
Annuaire, Vol V, (1962) p. 107 -.

Die Beschwerdeführer sind während der gesamten Dauer des Strafverfahrens ausreichend durch Anwälte, und zwar sowohl durch Wahlverteidiger, wie Pflichtverteidiger vertreten gewesen. Der Beschwerdeführer Baader ist durch 8, die Beschwerdeführerin Ensslin durch 10 und der Beschwerdeführer Raspe durch 11 Verteidiger und damit ausreichend vertreten gewesen.

- Urteil des 2. Strafsenats des
Oberlandesgerichts Stuttgart vom
28. April 1977 - 2 StE (OLG Stgt) 1/74 -

Der von den Beschwerdeführern gerügte Ausschluß bzw. die Nichtzulassung bestimmter Verteidiger beruht im wesentlichen aus folgenden Gründen:

- Die Rechtsanwälte Dr. Croissant, Groenewold und Stroebele sind wegen des dringen Verdachts der Unterstützung der kriminellen Vereinigung der Angeklagten gem. § 138 a Abs. 1 und Abs. 2 Nr. 1 StPO als Verteidiger im April bzw. Mai 1975 ausgeschlossen worden. Dieser Ausschluß erstreckte sich auch auf die nachfolgende Verteidigung eines anderen Mitangeklagten in diesem Verfahren durch den ausgeschlossenen Anwalt. Wegen der Einzelheiten wird auf die oben S. 45 ff. aufgeführten gerichtlichen und verfassungsgerichtlichen Entscheidungen über die Verteidigerausschlüsse verwiesen.
- Mit dem Gesetz zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrecht vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I, S. 3686), welches am 1. Januar 1975 in Kraft trat, wurde die Zahl der Wahlverteidiger eines Angeklagten, die bis dahin unbegrenzt war (§ 137 n.F.) und außerdem die Verteidigung mehrerer Beschuldigter durch einen gemeinschaftlichen Verteidiger für unzulässig erklärt (§ 146 StPO n.F.).

In dem Verfahren vor dem Oberlandesgericht Stuttgart hatten zum Zeitpunkt der Anklageerhebung jeder der drei Beschwerdeführer und die Mitangeklagte Ulrike Meinhof zwischen 10 und 14 Wahlverteidiger. 9 davon traten gleichzeitig für alle Angeschuldigten auf.

Daneben standen jedem Angeschuldigten 7 Pflichtverteidiger zur Seite, von denen wiederum 6 Anwälte den Angeschuldigten gemeinschaftlich beigeordnet waren.

- vgl. Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 11. März 1975
- 2 BvR 135/75; 136/75; 137/75; 138/75; 139/75 -

Schon dieser tatsächliche Hintergrund macht deutlich, daß die Neuordnung der Wahl- und Pflichtverteidigung der Beschwerdeführer die Rechtsstaatlichkeit und Fairneß des Verfahrens nicht beeinträchtigt, sondern im Gegenteil eine unabhängige und intensive Verteidigung des einzelnen Angeklagten zum Ziele hatte. Dies ist in der genannten Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht näher begründet worden. Einer Beeinträchtigung der Verteidigung der Beschwerdeführer liegt daher auch insoweit nicht vor.

Die Beschwerdeführer leiten eine Behinderung ihrer Verteidigung ferner auch daraus her, daß Rechtsanwalt von Plottnitz durch Beschluß des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 7. November 1975 als Pflichtverteidiger für den Beschwerdeführer Raspe bestellt worden ist.

- vgl. Beschwerdeschrift S. 42 -.

Es ist nicht ersichtlich, weshalb in der zusätzlichen Bestellung eines Pflichtanwalts eine Beschränkung der Verteidigungsmöglichkeiten gesehen werden kann. Gleiches gilt für die vom Generalbundesanwalt am 5. Dezember 1975 beantragte und vom 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts am 13. Januar 1977 verfügte Zurücknahme der Bestellung des Rechtsanwalts Dr. Heldmann als Pflichtverteidiger, da dieser danach nämlich das Mandat als Wahlverteidiger weiter wahrgenommen hat.

- Assessor Dr. Gerd Temming schließlich hat als Rechtsreferendar in Untervollmacht für einen anderen Anwalt zunächst Ulrike Meinhof, und dann Gudrun Ensslin vertreten. Als er nach seiner Zulassung zur Anwaltschaft als Verteidiger des Beschwerdeführers Baader bestellt werden wollte, wurde dies durch Beschluß des 2. Strafsenats des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 16. März 1976 wegen Interessenkollision mit der Verteidigung anderer Beteiligter (§ 146 StPO) abgelehnt. Er wurde jedoch am selben Tag als Verteidiger der Beschwerdeführerin Ensslin zugelassen, da die Mitangeklagte Ulrike Meinhof inzwischen verstorben und insoweit der Ausschließungsgrund weggefallen war. Auch insoweit ist nicht ersichtlich, inwiefern hierdurch eine Behinderung der Verteidigung der Beschwerdeführer liegen soll. Somit sind die Beschwerden, soweit sie eine Verletzung des Art. 6 Abs. 3 wegen des Ausschlusses einzelner Verteidiger rügen, ebenfalls offensichtlich unbegründet.

7. Zum Vorwurf der Behinderung des Entlastungsbeweises
(Art. 6 Abs. 3 lit. d MRK)

Art. 6 Abs. 3 lit. d der Konvention garantiert die Waffengleichheit des Angeklagten im Hinblick auf die Verteidigung der Unschuldsvermutung beim Zeugenbeweis. Als Zeugen kommen nur Personen in Betracht, die Sachdienliches zur Aufklärung des Gegenstandes der Anklage beitragen können. Deshalb beinhaltet die Garantie kein unbeschränktes Recht des Angeklagten auf Zuziehung jedweder Person als Zeuge und auch nicht die Ausdehnung der Zeugenbefragung auf Gegenstände, die nicht der Ermittlung der Wahrheit dienen. Die Kommission

hat das in Art. 6 MRK gewährleistete Recht insoweit wie folgt umschrieben:

"que le texte en question a pour but de placer l'inculpe, le prévenu ou l'accusé, en matière d'audition de témoins, sur un pied d'égalité avec l'accusation et la partie civile, mais non pas de lui donner le droit de faire citer des témoins sans aucune restriction"

.....

"que les autorités judiciaires compétentes des Etats Contractants demeurent donc libres, sous réserve du respect de la Convention et, notamment, du principe d'égalité susmentionné, de s'assurer que l'audition d'un témoin de la défense est susceptible d'aider à la manifestation de la vérité et, dans le cas contraire, de ne pas convoquer ce témoin"

- Requête Nr. 1134/61
Annuaire, vol. 4 (1963), p. 383

Die Beschränkung des Fragerechts der Beschwerdeführer in bezug auf die von der Bundesanwaltschaft geladenen Zeugen

- Beschwerdeschrift S. 45 f. -

auf Fragen, die den Gegenstand der Beweisaufnahme bilden, und die Nichtanhörung der von den Beschwerdeführern benannten "Entlastungszeugen" Osborne, Agee, Thomas und Peck

- Beschwerdeschrift S. 48 -

steht daher im Einklang mit Art. 6 Abs. 3 MRK. Die Behauptung, die Zeugen Müller, Konieczny und Ruhland

- a.a.O. S. 47 -

seien von der Anklage bestochen worden, weise ich zurück.

Auch insoweit ist demnach die Beschwerde offensichtlich unbegründet.

D. Antrag

Ich beantrage daher die Beschwerden in dem in Abschnitt C I dargelegten Umfange gem. Art. 26 und 27. Abs. 3 MRK für unzulässig und insgesamt wegen offensichtlicher Unbegründetheit gem. Art. 27 Abs. 2 MRK zurückzuweisen.

Fünf Durchdrucke dieser Stellungnahme sind beige-fügt. Eine Übersetzung in die französische Sprache werde ich baldmöglichst nachreichen.

Maier

(Maier)

I N H A L T

	Seite
A. Gegenstand der Beschwerden	2
B. Tatbestand	3
I. Zur Person der Beschwerdeführer	3
1. Andreas Baader	3
2. Gudrun Ensslin	4
3. Jan-Carl Raspe	5
II. Die Tätigkeit der Beschwerdeführer in der Roten Armee Fraktion (RAF) und das Strafverfahren vor dem Oberlandesgericht Stuttgart	6
1. RAF	6
2. Straftaten	7
a) Sprengstoffanschläge	7
b) Schußwaffengebrauch bei der Festnahme	9
c) Urteil vom 28. April 1977	9
3. Gang des Strafverfahrens	11
III. Haft und Haftbedingungen der Be- schwerdeführer	11
1. Dauer und Art der Haft	11
2. Gefährlichkeit der Beschwerde- führer, Befreiungsbestrebungen	12
3. Die Unterbringung der Beschwerde- führer	16
4. Regelung der Haftbedingungen	17
a) Hausverfügungen der Vollzugs- anstalt Stuttgart-Stammheim	17
b) Richterliche Regelungen der Haftbedingungen	18
c) Kontaktsperre nach der Ent- führung Dr. H.-M. Schleyers	24

	Seite
d) Weitere Unterlagen	25
IV. Gesundheitszustand und ärztliche Betreuung der Beschwerdeführer	25
1. Hungerstreik	25
2. Fachmedizinische Gutachten	26
3. Betreuung durch den Anstaltsarzt	29
V. <u>Die Selbsttötung der Beschwerdeführer</u>	30
1. Leichenschau und Obduktion	30
2. Selbsttötung nach Fehlschlag der Befreiung	33
3. Tatwaffen und Waffenverstecke	34
4. Selbstmord als Strategie	35
VI. Vorbehalt der Sachdarstellung	38
C. Zur Zulässigkeit der Beschwerden	39
I. Formelle Zulässigkeitsvoraussetzungen	39
1. Zulässigkeit der Beschwerde Andreas Baaders im Hinblick auf die Individualbeschwerde Nr. 6166/73	39
2. Zur Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsmittel und der Einhaltung der Sechsmonatsfrist (Art. 26 und 27 Abs. 3 MRK) im Hinblick auf den Vorwurf, die Haftbedingungen stellten Folter oder unmenschliche Behandlung i.S. des Art. 3 MRK dar.	40
3. Zur Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges und der Einhaltung der Sechsmonatsfrist (Art. 26 MRK) im Hinblick auf den Vorwurf der Verletzung der Garantien des fairen Verfahrens (Art. 6 MRK)	44

	Seite
a) Vorwurf der Verletzung des Anspruchs auf ein unabhängiges und unparteiisches, auf Gesetz beruhendem Gericht (Art. 6 Abs. 1 MRK) und der Unschuldsvermutung (Art. 6 Abs. 2 MRK)	44
b) Ausschluß von Verteidigern	45
c) Verhandlung in Abwesenheit der Beschwerdeführer	48
II. Offensichtliche Unbegründetheit der Beschwerden (Art. 27 Abs. 2 MRK)	49
1. Zum Vorwurf der Folter oder unmenschlichen Behandlung i.S. des Art. 3 MRK	49
2. Zum Vorwurf, die Beschwerdeführer seien nicht von einem unabhängigen und unparteiischen Gericht (Art. 6 Abs. 1 MRK) gehört worden.	55
3. Zum Vorwurf der Verletzung der Unschuldsvermutung (Art. 6 Abs. 2 MRK)	55
4. Zum Vorwurf der nichtausreichenden Vorbereitung der Verteidigung	57
5. Zum Vorwurf der Behinderung der Verteidigung durch Verhandlung in ihrer Abwesenheit	58
6. Zum Vorwurf der Behinderung der Verteidigung durch Ausschluß einzelner Anwälte der Beschwerdeführer vom Verfahren	60
7. Zum Vorwurf der Behinderung des Entlastungsbeweises (Art. 6 Abs. 3 lit. d MRK)	63
D. Antrag	65